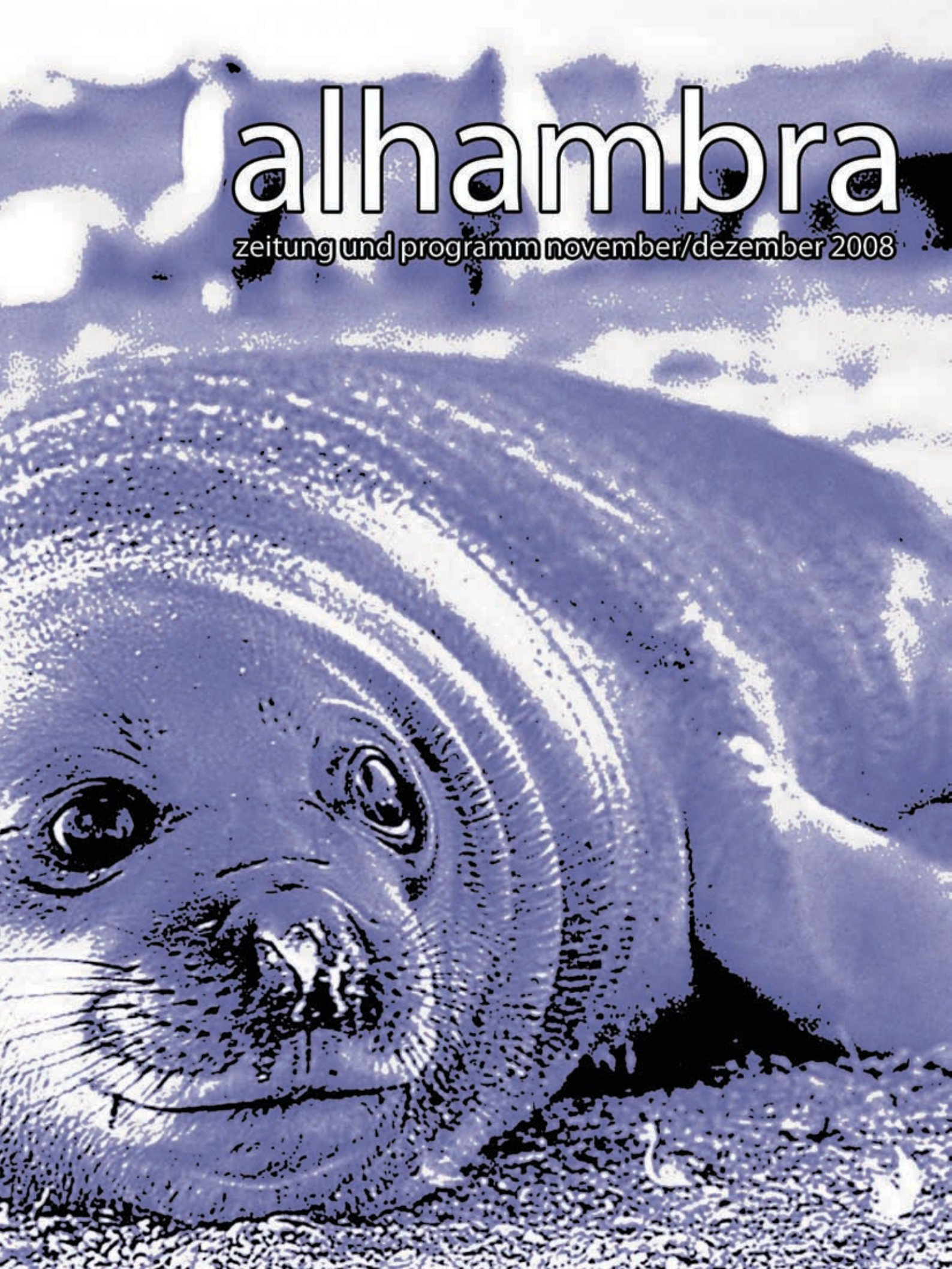
# alhambra

zeitung und programm november/dezember 2008



# alhambra
## - grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

**Hermannstraße 83 26135 Oldenburg**
**Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489**
**e-mail: alhambra@alhambra.de**
**www.alhambra.de**

**Spendenkonto:**
**LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397**

# zeitung
## -unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

**Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder.** V.i.S.d.P.: F. Kischer

**Eigentumsvorbehalt:**
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

# INHALT

**Editorial** 1
**Kurzmeldungen** 2

soziale kämpfe
**„Großer Zahltag" in der ARGE** 6

antirassismus
**Doppelcamp in Hamburg** 9
**No Border Patras '08** 13

internationalismus
**Thailand: Doch dann kam die Krise…** 17

antiatom
**Der Castor bleibt auf der Strecke** 20

krüppelländ
**Hauptsache gesund!** 22

kapital
**Finanzkrise und globaler Kapitalismus** 28

terrorismus
**Der Stefan-Aust-Komplex** 32

**Ankündigungen** 34

archiv
**Sag zum Abschied leise „Servus"** 37

# Editorial

Die Finanzmarktkrise und der „Baader-Meinhof-Komplex“ sind in aller Munde. Den „Baader Meinhof-Komplex“ kommentierten schon die Autor_innen des „Stefan-Aust-Komplex“ sowohl praktisch als auch theoretisch (siehe S. 32). Die aktuelle Finanzkrise angemessen zu kommentieren fällt da schon etwas schwerer.

Erklärungen von der seit nunmehr über einem Jahr andauernden Krise häufen sich wie Sand am Meer. Das staunende Publikum soll dabei lernen, dass die „Gier“ der Manager_innen schuld ist, oder es an staatlicher Regulation fehle, oder die Vernunft an die Kapitalmärkte zurückkehren müsse, oder, oder, oder…

Das 500 Milliarden Euro Rettungspaket von Angela Merkel – bei einem jährlichen Bundeshaushalt von 270 Milliarden – beeindruckt. Es wird begleitet von einem ideologischen Bombardement. Der Tenor: Jetzt kommt die rettende Politik (Regulation), die den „Zockern“ (Spiegel) des „Börsen-Casinos“ (Stern) einen Riegel vorschieben wird. Dass sich da einige wundern, deren ALG II gerade gestrichen wurde und denen gesagt wird, dass kein Geld da sei, fällt in den Mainstreammedien nicht weiter ins Gewicht.

Die herrschenden Erklärungsmuster schlagen dabei – wie nicht anders zu erwarten war – ideologische Purzelbäume. Denn die durchgehaltene Unterscheidung zwischen einer soliden und einer haltlosen Spekulation ist nicht zutreffend. Denn jede Investition ist Spekulation auf einen künftigen Geldbetrag; erst das Scheitern lässt sie als haltlos erscheinen.

Die Lösung in einem Mehr an Regulation zu vermuten ist nicht vollkommen falsch, doch er führt in die Irre. Denn es existiert ein ausgedehntes Regelwerk, mit dem der Staat die Finanzsphäre regelt. Dass es im gleichen Augenblick im Interesse der Politik lag, der Finanzsphäre möglichst viel Freiheit zuzuschustern, spricht nicht gegen diese These. Die Freiheit der Finanzmärkte ist also kein Versäumnis der Politik, sondern ihre Absicht, denn ihr primäres Interesse liegt in der Profitmaximierung der Unternehmen.

Auch dass nun alles gut werden wird, wenn nur die Politik aus ihrer so verkauften „Untätigkeit“ erwacht, ist Teil des ideologischen Konstrukts, dass die Leute davon abhalten soll, sich jetzt mal zu fragen, ob sie vielleicht ihre Steuergelder – von denen gerade 500 Milliarden an die Banken verschenkt bzw. verbürgt wurden – verweigern sollten oder aber das herrschende System anzuzweifeln. Denn ein weltmarktfähiger kapitalistischer Standort braucht Kredit und daher florierende Finanzmärkte wie die Lohnarbeit.

In der aktuellen *analyse und kritik* wird das dann so zusammengefasst: „Wer über den Irrsinn des Kapitalismus nicht reden will, sollte über den Irrsinn kapitalistischer Finanzmärkte schweigen!“

Michael Heinrich hat im Mai eine gut nachvollziehbare ökonomische Analyse der Spekulationskrise geschrieben, die – zumindest unser – Verständnis, für das, was gerade abgeht, erweitert hat. Deswegen findet ihr den Text auf Seite 28 dieser Ausgabe. Auch wenn es Ökonomie ist: Es lohnt sich.

Eine recht gute Übersicht über die Krise findet ihr unter (allerdings von Juni 2008): http://wipo.verdi.de/wirtschaftspolitische_informationen/data/08-03_finanzmarktkrise.pdf

Recht gutes Lesevergnügen!

**U-Bahnfahren für alle – und zwar umsonst**

***Stockholm*** Seit einigen Jahren gibt es eine Gewerkschaft in Stockholm, in der sich Umsonstnutzer_innen der U-Bahn organisieren: „P-kassan" – die freie Fahrt Versicherung. Nach einer erneuten Preiserhöhung der öffentlichen Verkehrsmittel begannen einige Aktivist_innen damit, eine Kasse einzurichten, in die alle regelmäßig eine kleine Summe einzahlen. Wird jemand erwischt, trägt die Gewerkschaft elf Zwölftel der Strafe. Es gibt auch Ansätze eines SMS-Frühwarnsystems. In der Gewerkschaft sind zwischen 500 und 1000 Menschen organisiert. Geld, das übrig bleibt, wird für politische Zwecke ausgegeben, z.B. für den Kauf von Monatskarten für Illegalisierte.

Der Sprung über die Absperrung wird meist von den Billiglohn-Arbeiter_innen, die als Aufpasser_innen eingesetzt werden, ignoriert. Ansonsten werden aber große Summen ausgegeben, um die Kontrollen auszubauen. Ziel der „freien Fahrt Versicherung" ist aber natürlich die kostenlose Nutzung aller öffentlicher Verkehrsmittel und die Abschaffung jeglicher Kontrollen. Dies wäre nicht nur umweltfreundlicher, sozialer, würde den Ablauf beschleunigen und extrem viel Geld sparen, das mensch sinnvoller verwenden könnte; es wäre auch eine Möglichkeit der Umverteilung von Oben nach Unten. Die Reichen könnten sich in viel größerem Umfang beteiligen.

Na dann: Gute Fahrt! Für freies fahren, organisiert euch selbst!

[www.planka.nu/international/auf-deutsch]

**Polizei durchsucht linke Wohngemeinschaften ohne Zeug_innen**

***Göttingen*** Am 7. September 2008 wurde aufgrund eines Chemikalienfundes im Keller eines Wohnhauses in Göttingen die Feuerwehr gerufen. Da diese die Chemikalien nicht genau zuordnen konnte, alarmierte sie die Polizei, welche ein Spezialteam zur Sicherung der Substanzen aus Hannover hinzuzog und die Bewohner_innen des Hauses evakuieren ließ.

Obwohl der Kellerraum, in dem sich die Chemikalien befanden, eindeutig einer ehemaligen Wohngemeinschaft zugeordnet werden konnte und für die anderen Bewohner_innen nicht zugänglich war, drang die Polizei gewaltsam auch in alle übrigen Wohngemeinschaften des Hauses ein. Sie stieg durch Fenster ein und brach Türen auf. Die Bewohner_innen, die sich in der Nähe aufhielten, wurden nicht über die Durchsuchung informiert und bekamen nur durch Zufall mit, dass ihre Wohnungen durchsucht, abfotografiert und gefilmt wurden. Ihnen wurde der Zutritt während der gesamten Durchsuchung kategorisch verweigert. Zur Begründung zog die Polizei die Gefahrenlage heran. Während dessen wurde der Vermieterin Zutritt gewährt.

Bei dem Einsatz war unter anderem auch das 4. Fachkommissariat (Staatsschutz) Göttingen anwesend. Bis heute wurde keine genaue Begründung für die Durchsuchung geliefert und trotz der Sicherstellung einiger Gegenstände, die in keiner Weise etwas mit Chemikalien zu tun haben, wurden keine Sicherstellungsprotokolle ausgehändigt.

Wir gehen davon aus, dass die Polizei ihren Einsatz als Einladung ansah, die Wohnungen des Hauses zu durchsuchen. Sie wollten hierbei offensichtlich ungestört bleiben, da sie ohne Zeug_innen agierten.

Die Bewohner_innen gehen rechtlich gegen diese Durchsuchung vor.

**Der mg-Prozess ist eröffnet**

***Berlin-Moabit*** Ende September 2008 begann vor dem Berliner Kammergericht der Prozess gegen die drei Berliner Oliver, Florian und Axel. Die Bundesanwaltschaft wirft ihnen versuchte Brandstiftung an Bundeswehr-LKW und die Mitgliedschaft in der „militanten gruppe" (mg) vor. Diese soll laut Bundesanwaltschaft seit Juni 2001 insgesamt 25 Brandanschläge gegen öffentliche Einrichtungen verübt habe. Die drei Angeklagten waren am 31. Juli vergangenen Jahres festgenommen worden, nachdem sie versucht haben sollen, Bundeswehrfahrzeuge in Brand zu setzen. Ohne Indizien für die Tatbeteiligungen an Brandanschlägen der „militanten

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

gruppe“ vorzulegen, hat die Bundesanwaltschaft Anklage nach §129 erhoben. Mit dem Konstrukt einer „kriminellen Vereinigung“ drohen den Antimilitaristen mehrjährige Haftstrafen.

Der Prozess wird von zahlreichen Nervereien seitens der Ordnungshüter begleitet: scharfe Vorkontrollen, Ausweiskontrollen, bewaffnete Bullen im Gerichtssaal, ein Käfig (die Angeklagten dürfen allerdings noch davor sitzen). Die Beschränkung auf ein Blatt Papier und einen Bleistift wurde am zweiten Prozesstag großzügigerweise vom Richter auf 10 Blatt und eine Packung Taschentücher erweitert.

Oliver begann den Prozess, indem er sich – statt dem Richter seine Personalien zu sagen – dem Publikum mit einem „Moin, moin und erstmal ein herzliches Rotfront!“ zuwandte. Seit der anschließenden Verlesung der Prozesserklärung machen die Angeklagten von ihrem Recht auf Aussageverweigerung gebrauch. Bisher mussten sich Axel, Florian und Oliver einmal im Monat jeweils Mittwochs melden, um nachzuweisen das sie sich dem Verfahren nicht entziehen würden.

Bundeswehr abschaffen! Freiheit für Axel, Florian und Oliver!

#### Lautstark gegen Überwachung

***Berlin*** Im Rahmen eines internationalen Aktionstages gegen Vorratsdatenspeicherung und Überwachung haben in Berlin über 50 000 Leute demonstriert. In zahlreichen europäischen und einigen außereuropäischen Großstädten gab es ebenfalls Aktionen gegen die Verschärfung der Überwachungs- und Kontrollmöglichkeiten der Behörden.

#### Die Walli wird 30

***Lübeck*** 1978 begann für die alternative Szene und linke Bewegung Lübecks ein neues Kapitel: Die alternative eröffnete mit einem Fest am 1. Mai in der Lübecker Innenstadt ihre Tore. 30 Jahre später ist die Walli nach einem Umzug auf die Wallhalbinsel, mehreren aufreibenden Kampagnen für den Erhalt, trotz Razzien, Nazistress und interner Konflikte, lebendiger denn je. Alternative Kultur, linke und linksradikale Politik und das Wohnen im Wagen sind die drei Säulen des Zentrums.

Zum 30sten Geburtstag erschien ein Buch, das die Geschichte und Geschichten der alternative und ihrer zahlreichen Projekte und Initiativen aus verschiedenen Perspektiven erzählt. Vom Hinterhofkino bis zum VeB, von den Grünen bis zu den Autonomen und von der Uwe-Barschel-Gedächtnisregatta bis zur Holzbrückenschlacht werden wichtige Stationen der Geschichte des Zentrums in Form von Interviews mit Beteiligten, Überblicksdarstellungen oder subjektiven Erinnerungen auf 256 Seiten beleuchtet.

Das Alhambra gratuliert der Walli zu 30. Geburtstag! Wir wünschen der Walli 30 weiter kraftvolle und erfolgreiche Jahre! Walli bleibt!

#### Thor Steinar-Laden dichtgemacht

***Hamburg*** Nach anhaltenden Protesten wurde der Naziklamottenladen ‚Thor Steinar‘, der Ende September eine Filiale in der HSH-Shopping-Passage inmitten der Hamburger Innenstadt eröffnet hatte, am 31. Oktober geschlossen.

Schon am Tag der Eröffnung des Ladens mit dem Namen ‚Brevik‘ protestierten Antifaschist_innen, die durch eine Recherche auf der Website von ‚Thor Steinar‘ auf den Termin aufmerksam wurden, vor dem Laden. Daraufhin wurde die gesamte Shoppingpassage rund die Uhr von der Polizei und privaten Sicherheitskräften bewacht. Täglich wurden Kundgebungen mit bis zu einhundert Antifaschist_innen abgehalten. Im Rahmen der bundesweiten Kampagne ‚Ladenschluss‘, die für die Schließung von Naziläden kämpft, wurde politischer Druck aufgebaut. Die anderen Mieter_innen des Konsumpalastes waren mit der Situation ebenso unzufrieden, allerdings auf andere Weise. Schlussendlich wurde der Mietvertrag aufgehoben. So brachte der Vermieter der Immobilie, die HSH Nordbank, den ‚Thor Steinar‘-Inhaber mit einer Auszugsprämie zur Schließung der Filiale. In dem kurzen Bestehen dieses ‚Thor Steinar‘-Ladens zeigt sich, dass die antifaschistischen Proteste ihre Wirkung nicht verfehlt haben.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

**10jähriges Bestehen der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten**

***Weimar*** Anfang Oktober feierte die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten ihr 10-jähriges Bestehen. Wie zu erwarten war, tat sie dies, indem sie drei Isolationslager (Katzhütte, Gehlberg und Apolda) besuchte und dort mit den BewohnerInnen über ihre Lebenssituation und vergangene und zukünftige Proteste diskutierte. In den drei Lagern hatten sich in den vergangenen Monaten viele BewohnerInnen gegen die krasse Isolation, die unzureichende medizinische Versorgung und ihre Wohnbedingungen organisiert.

Am folgenden Tag gab es workshops. Bei dem workshop zur Selbstorgansierung von MigrantInnen waren BewohnerInnen aus mehreren Lagern anwesend. In einem anderen wurden unter anderem die Srategie von Kampagnen gegen Abschiebungen diskutiert, die in der Vergangenheit mehrfach erfolgreich waren. Ein großes Thema war auch das Motto der Karawane: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört!". AktivistInnen referierten über die systematisch hervorgebrachte globale Ungleichheit, die imperialistische Weltordnung und den Zusammenhang zu den Kämpfen der größtenteils aus der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems geflohenen MigrantInnen in der BRD.

Wir wünschen euch keine weiteren 10 Jahre des Kampfes, sondern, dass ihr euch in 10 Jahren selbst überflüssig gemacht habt. Gegen Rassismus und Kapitalismus! Smash the borders!

**Antifa-Kundgebung und Nazi-Fackeln**

***Esens*** Am 27.September gab es am Ende des Zweiten Weltkrieges einen Bombenabwurf der Allierten über dem ostfriesländischen Esens, der mehrere Tote zur Folge hatte. In den letzten Jahren nutzten Faschist_innen die Gedenkfeier im Friedhof, um daran teilzunehmen. Den Antrag eines Mitglieds der Linkspartei, den Faschist_innen die Teilnahme zu verbieten verweigerte die Stadt. Dieses Jahr gab es nur eine Gedenkfeier in der Kirche, dafür aber eine antifaschistische Kundgebung und kurze, kraftvolle Demonstration durch Esens. Einige Stunden später marschierten allerdings einige Nazis der AG Wiking, der Freien Kräfte Oldenburg und der Autonomen Nationalisten Ostfriesland mit Fackeln durch die Stadt und legten an Grabstellen Kränze nieder. Aufgrund der späten Uhrzeit und Dunkelheit wurde ihr BlackBlock nicht von Einwohner_innen wahrgenommen, allerdings größtenteils identifiziert und schließlich von der Polizei aus der Stadt hinaus begleitet.

**Abschiebung im Morgengrauen**

***Sandkrug*** In der Nacht auf Dienstag, den 16. September 2008 wurde eine kurdische Familie aus dem Schlaf gerissen und nach Syrien abgeschoben. Die Familie ist seit neun Jahren in der BRD. Die beiden fünf und zwölf Jahre alten Kinder sprechen kein Arabisch, da sie in Deutschland aufgewachsen sind. Der ältere von beiden ging in Sandkrug zur Schule. Die Eltern wurden nach ihrer Ankunft in Syrien von Geheimdienstmitarbeitern des syrischen Regimes mit Folter bedroht, von der sie sich zum Glück „frei kaufen" konnten. Sie haben dort jedoch keinerlei Perspektive und stehen unter ständiger Beobachtung des Geheimdienstes.

Die Ausländerbehörde des Landkreises Oldenburg ist bekannt für eine besonders rigide Abschiebepraxis. Der „Arbeitskreis Asyl Oldenburg" und Freunde der Familie wollen nun durch Öffentlichkeitsaktionen dafür sorgen, dass diese Praxis bekannt wird und sich Protest entwickelt.

**Schändung des jüdischen Friedhofs**

***Westerstede*** In der Nacht zum 26.September wurde der jüdische Friedhof in Westerstede (Kreis Ammerland) von drei Neonazis geschändet. Grabsteine wurden umgestoßen und mit Hakenkreuzen beschmiert. Auch auf den Außenwänden einer Schule, einer jüdischen Gedenktafel der Bibliothek Westerstede sowie auf zwei abgestellten Fahrzeugen hinterließen die Neonazis antisemitische Parolen und Symbole. Die drei Täter, im Alter von 16 bis 20 Jahren, wurden am darauf folgenden Tag in der Westersteder Wohnung eines Freundes von der Polizei aufgegriffen. Zwei von ihnen kommen aus Hamburg und der dritte aus Apen (Kreis Ammerland). Sie

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

bekannten sich zu der Tat. Gegen sie wurde nun ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung und Sachbeschädigung aufgenommen.

**Streik der Zuckerrohrarbeiter in Kolumbien**

***Cali*** Seit dem 15. September 2008 haben 8500 Zuckerrohrarbeiter in der Region Cauca/Valle del Cauca die Arbeit niedergelegt und acht der 13 Zuckerrohrplantagen in der Region besetzt. Die Arbeiter, die in sklavenähnlichen Zuständen leben, fordern direkte Arbeitsverträge und einen Lohn, der zum Überleben reicht. Der Präsident Álvaro Urive Vélez und der Minister für soziale Sicherheit Diego Palacio behaupten öffentlich, der Streik sei von „dunklen Mächten" infiltriert. Ob damit die Guerilla gemeint ist, oder die Gewerkschaften, bleibt unklar. Diese Einschätzung dient jedoch als Vorwand, die Armee und Aufstandsbekämpfungseinheit ESMAD in die besetzten Plantagen zu schicken, die bisher ca. 30 Arbeiter verletzt haben.

**Anti-islamisierungs-Kongress in Köln verhindert**

***Köln*** Mehrere tausend Menschen haben in Köln am Wochenende um den 19. und 20. September 2008 den geplanten „Anti-Islamisierungs-Kongress" der rechtsradikalen Gruppierung „Pro Köln" erfolgreich verhindert.

Schon am Freitagmorgen nahm eine von den Rechtspopulilst_innen initiierte„Stadtrundfahrt" auf dem Rhein durch militante Aktionen von Antifaschis_innen einen, aus Sicht der Organisatoren, desaströsen Ausgang. So musste das von „Pro Köln" unter falschem Namen gemietete Schiff aufgrund von Steinwürfen fluchtartig den Anlegehafen im Kölner Süden verlassen und konnte aus den gleichen Gründen an keiner der angepeilten Anlegestellen halten, so dass die Rechten schließlich unter Polizeischutz aus der Stadt gefahren werden mussten. Selbst Taxifahrer_innen und Busfahrer_innen hatten sich geweigert, sie zu transportieren. Kurz danach wurde die „große" Auftaktkundgebung von „Pro Köln" mit rund 30 Teilnehmer_innen in Leverkusen von 150 Menschen lautstark begleitet und musste schließlich vorzeitig beendet werden.

Am Abend des selben Tages fand eine große, antifaschistische Demonstration statt, an der sich nach verschiedenen Angaben 2000 – 3000 Menschen beteiligten. Im Verlauf der kraftvollen, von einem großen schwarzen Block angeführten Demo wurden u.a. ein Sexshop entglast sowie die Kölner Ausländerbehörde mit Farbe und Steinen angegriffen.

Am Samstag, an dem der eigentliche Kongress mit rund 1000 Teilnehmer_innen, darunter einiger „Prominenz" aus dem In- und Ausland stattfinden sollte, kam es dann zu großangelegten Blockaden, direkten Angriffen auf die das Kongressgelände schützende Polizei und umherirrende Rechtsradikale, sowie anderen militanten Aktionen. So wurde auf Grund der Zerstörung der S-Bahn-Elektronik erreicht, dass rund 200 angereiste Rassist_innen für den Rest des Tages am Kölner Flughafen festsaßen und nicht einmal ansatzweise in die Nähe des Kongressgeländes kamen.

All diese vielfältigen Aktionen veranlassten die Polizei dann schon gegen Mittag zu einem Verbot des „Anti-Islamisierungs-Kongresses"; die Sicherheit der Kölner Bürger_innen könne nicht mehr gewährleistet werden. Bis zu diesem Zeitpunkt war es gerade einmal rund 80 Rassist_innen gelungen, auf das Kongressgelände zu gelangen.

Im weiteren Verlauf begann die Polizei, hunderte Teilnehmer_innen der Blockaden zu kesseln, festzuhalten und in Gewahrsam zu nehmen. Erst am nächsten Morgen wurden die knapp 500 davon betroffenen Menschen wieder freigelassen.

Insgesamt zeigten die Geschehnisse in Köln zum Einen, dass ein Nebeneinander von friedlichen Blockaden und militanten Aktionen möglich ist, diese sich nicht etwa ausschließen, sondern auch sinnvoll ergänzen können, zum Anderen, dass es auch heute noch möglich ist, rechte Veranstaltungen nicht nur symbolisch zu blockieren und anzugreifen, sondern auch ganz praktisch zu verhindern.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

# „Großer Zahltag“ in der ARGE

*Zur Diskussionsveranstaltung „Alltag mit HartzIV“*

Wenn wir uns heute den Raum hier im Arbeitsamt nehmen, uns beraten, begleiten, uns gegenseitig helfen und über die Höhe der Regelsätze und den Alltag mit HartzIV reden, dann tun wir das nicht nur, um mehr Geld und eine menschenwürdige Behandlung durchzusetzen. Unsere Wut und unsere Ziele reichen weiter.

Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung gehören auf der ganzen Welt abgeschafft! Es ist eine Schande, dass seit Jahrzehnten Armut und Ausgrnezung auf der ganzen Welt zunehmen, obwohl der weltweit produzierte Reichtum jedes Jahr weiter wächst. Immer noch sterben jeden Tag 50.000 Kinder an den Folgen von Unterernährung. Millionen Menschen haben keinen ausreichenden Zugang zu Trinkwasser und keine ausreichende Gesundheitsversorgung. Krankheiten und Epidemien nehmen wieder zu, immer mehr Menschen sind den wachsenden Naturkatastrophen immer hilfloser ausgesetzt.

Die fossilen Energieträger reichen vielleicht noch 30 bis 50 Jahre, die künstlich erzeugte Klimaveränderung ist kaum noch umkehrbar. Die Katastrophen und das Elend sind hinreichend bekannt,

aber das kapitalistische Wirtschaftssystem steuert weiter auf die Barbarei zu. Was uns verzweifeln lässt und so viel Ohnmacht und Hilflosigkeit hervorruft, ist die Tatsache, dass wider besseren Wissens einfach immer so weiter gemacht wird.

Trotzdem bleiben unsere Träume und Hoffnungen auf eine andere Welt, in der alle Menschen ihren Platz finden, ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ohne Kriege, Hunger und Elend, ohne Arbeitslosigkeit und ohne gesellschaftliche Ausgrenzung. Menschen haben dieses Wirtschaftssystem geschaffen, Menschen können es also auch ändern. Wir wollen uns nicht einem System unterordnen, das für die Mehrheit der Menscheit und die Zukunft des Planeten offensichtlich schlecht organisiert ist. Wir erheben den realistischen Anspruch, eine bessere Welt für alle Menschen zu schaffen.

Warum sollen in einem der reichsten Länder auf der Erde immer mehr Kinder in Armut leben müssen, wenn gleichzeitig eine wachsende Schicht von Reichen nicht mehr weiß wohin mit dem Geld?

Es bleibt uns gar nichts anderes, als bei uns selbst und in unserem Alltag zu beginnen. Und unser Alltag, das ist auch das Arbeitsamt.

Natürlich sagen wir „HartzIV muss weg!“, wir brauchen ein bedingungsloses Grundeinkommen, natürlich sagen wir, die Regelsätze müssen sofort auf 500 Euro angehoben werden, und natürlich sagen wir, es muss einen gesetzlichen Mindestlohn geben, und zwar nicht lächerliche 7,50 Euro, sondern 10 Euro pro Stunde!

Aber weil das Veränderungen sind, die nur bundesweit durchgesetzt werden

können, heißt das nicht, dass nicht auch hier und jetzt eine ganze Menge verändert werden könnte. Bei uns selbst und in unserem Alltag zu beginnen, diesen Anspruch erheben wir nicht nur für uns selbst, sondern das fordern wir auch von jedem Menschen, der in Behörden arbeitet, die aus gesellschaftlich erarbeiteten Geldern bezahlt werden und die es nur deshalb überhaupt gibt, weil wir erwerbslos sind.

Wir wissen, dass die ARGE Oldenburg, wie alle ARGEn, bundesweit in einem Wettbewerb steht, der von oben angeordnet ist – benchmarking nennt sich dieses Verfahren. Vom Arbeitsministerium werden zentrale Zielvorgaben formuliert, und die ARGEn konkurrieren miteinander, wer diese Zielvorgaben am besten erfüllt. Z.B. sollen in diesem Jahr 8 Prozent weniger Leistungen an jeden HartzIVBezieher ausgezahlt werden. Wer gibt am wenigsten für die KdU aus? Wer zahlt am wenigsten Geld für Erstaustatungen? Wer steckt am meisten Erwerbslose in irgendwelche Maßnahmen, die möglichst wenig Geld pro Teilnehmer kosten dürfen? Usw. usw.

Aber niemand zwingt den Geschäftsführer der Oldenburger ARGE zu einem bestimmten Platz auf der benchmarking Skala. Wir schlagen vor, in Oldenburg einen historischen Pakt zu schließen. Dieser Pakt heißt „HartzIV hier – das rat ich Dir!". Er beinhaltet, alles vor Ort mögliche zu tun, um HartzIV zu dem zu machen, was es heißt: „Grundsicherung für erwerbsfähige Hilfesuchende" – eine Grundsicherung, die diesen Namen auch verdient, die angstund repressionsfrei ausgezahlt wird und die den Erwerbslosen hilft, anstatt sie auszugrenzen und zu demütigen.

Zu diesem Pakt gehören als erste Maßnahmen:

Am 16. September 2008 nahm sich das Bündnis blind date und viele Einzelpersonen einen Raum vor und vor allem in der ARGE Oldenburg. Vollkommen überrascht waren die Angestellten der ARGE als ab acht Uhr morgens auf einmal ein Zirkuszelt auf der Wiese davor aufgebaut wurde und dann auch noch ein Transparent mit der Aufschrift „Der ARGE aufs Dach steigen" vom Dach gelassen wurde. Richtig realisiert, was gerade passiert, hatten sie jedoch erst als um neun Uhr alle zusammen das Foyer besetzten und dort einen Infotisch aufbauten.

Normalerweise steht der Infotisch der ALSO jeden Dienstag im zugigen und kalten Bereich vor der Eingangstür. Dort bietet die ALSO Begleitungen an, die Hartz IV-Empfänger_innen helfen soll, das ihnen zustehende Geld auch zu bekommen und nicht abgespeist zu werden. Zwei Wochen zuvor war es dabei zu einem Polizeieinsatz gekommen, weil ein Sachbearbeiter partout nicht einsehen wollte, dass der Mensch nicht von leeren Versprechen alleine lebt und die übrigens rechtmäßige Begleitung rausschmeißen wollte. Im Endeffekt ging die Betroffene mit ausreichend Geld nach Hause; leider kam es auch zu mehreren hanebüchenen Anzeigen wegen Hausfriedensbruch gegen die Begleiter.

Kurze Zeit nachdem nun am 16.09. das Foyer gesquattet wurde, wurde die Polizei von der ARGE-Leitung beauftragt das *blind date* zu unterbinden. Nach Verhandlungen konnten sie jedoch nur durchsetzen, dass der Infotisch wieder vor die Tür kam; diesen mussten sie allerdings eigenhändig raustragen. Später wurde auch noch die Chefetage (2. Stock) höchstpersönlich aufgesucht, die kein besonders gutes Bild abgab. Ein paar Sachbearbeiter_innen wurden noch mit vergilbten Blumen dafür „geehrt", dass sie ihren „Kund_innen" besonders hartnäckig das Geld vorenthalten haben. Das Zirkuszelt wurde für Workshops, eine Filmvorführung und das gemeinsame Mittagessen genutzt.

Auch die spannenden Workshops konnten im Foyer durchgesetzt werden. Die Teilnehmer_innen ließen sich auch nicht von den anrückenden Bullenwannen beeindrucken. Neben einem Workshop zu Begleitung in der ARGE wurde noch vom Begleit- und Medinetz für Flüchtlinge und Illegalisierte berichtet; denn die Schikanen der Ausländerbehörden und der ARGE ähneln sich mehr als mensch zunächst denkt. Und der Widerstand? Der macht zusammen auch viel mehr Spaß! Zuletzt gab es noch den Vortrag „Alltag mit Hartz IV", den wir hier dokumentiert haben. Leider hatten wir nicht genügend Platz die konkreten Beispiele der Erfahrung mit dem Verwehren von Leistungen und sonstigen Schikanen hier noch abzudrucken.

- Ein freundlicher Umgangston ist selbstverständlich.
- Die Bearbeitung der Erstanträge erfolgt zügig und ohne die Anforderung zusätzlicher Unterlagen.
- Es werden verständliche Bescheide ausgegeben.
- Die Anrechnung von Einkommen erfolgt nachträglich, korrekt und nachvollziehbar.
- EinEuroJobs werden durch berufsqualifizierende Maßnahmen und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze ersetzt.
- Erstausstattungen, Hilfen für Schwangere und Klassenfahrten werden selbstverständlich als Beihilfe und nicht als Darlehen gewährt.
- Der Schnüffeldienst wird komplett abgeschafft, die Mitarbeiter werden zur zusätzlichen Beratung eingesetzt.
- Auch in Notlagen wird Geld ausgezahlt. Lebensmittelgutscheine werden abgeschafft.
- Beistände sind jederzeit in den Büros willkommen und werden ebenfalls freundlich behandelt.

Die ARGE ist zur Hälfte in der Verantwortung der Kommune. Und wenn die Oldenburger ARGE in der benchmarkingSkala ganz oben auf der Ausgabenliste steht, dann sagen alle Bewohner der Kommune: Ups, da haben wir wohl 8 Prozent mehr ausgegeben statt weniger.

Aber dafür sind unsere „Kunden" zufriedener, wir konnten uns besser auf qualifizierte Beratung konzentrieren. Wir haben vielleicht weniger Menschen in Maßnahmen gesteckt, aber dafür sind die Maßnahmen berufsqualifizierend und sinnvoll. Außerdem haben wir ein viel angenehmeres Klima in unserer Stadt. HartzIVBezierInnen werden bei uns nicht stigmatisiert, vor allem armen Kindern wird gezielt auch mit einmaligen Beihilfen und Fördermaßnahmen geholfen. Außerdem arbeiten wir an einem kommunalen Beschäftigungsprogramm für Erwerbslose, das ganz ohne EinEuroJobs auskommt und stattdessen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse vor allem im sozialen Bereich und in der ökologischen Sanierung des Baubestands einrichten will.

Auf der benchmarkingSkala mit der Überschrift: „Annäherung an eine soziale Grundsicherung in ausreichender Höhe, die angstund repressionsfrei ausgezahlt wird" könnte Oldenburg an erster Stelle stehen.

**An uns liegt es nicht!**

# Doppelcamp in Hamburg

## Eine Woche für Bewegungsfreiheit und ein ganz anderes Klima

*Das Fluten des Hamburger Flughafens am 22.8. und der Versuch einer Besetzung des geplanten Kohlekraftwerks Moorburg am 23.8. waren die aktionistischen Höhepunkte des ersten (gemeinsamen) Klima- und Anti-Rassismus-Camps 2008 in Hamburg. Dazu im Folgenden jeweils kurze Berichte. Doch die gesamte Woche über gab es ein dichtes Programm aus z. T. parallelen Aktionen und unzähligen Workshops. Und zu drei weiteren Protest-Highlights gibt es hier noch was zu Lesen. Wer mehr und genaueres erfahren und mehr Fotos ansehen will, sei z.B. auf die Seite von Umbruch Bildarchiv verwiesen: www.umbruch-bildarchiv.de*

Oder auf die Seiten des Antira- und des Klimacamps, wo sich auch viele Presseberichte wiederfinden. Doch bei aller Zufriedenheit über den Ablauf und die Vielfalt auf dem Camp: Letztlich haben kaum mehr als 1500 Menschen am 22.8. bei den verschiedenen Aktionen der zentralen Mobilisierung des Antira-Camps mitgemacht. Die Beteiligung am 23.8. bei der Aktion gegen die Kohlekraftwerksbaustelle in Moorburg blieb mit 700 Leuten noch weiter hinter den Erwartungen zurück, auch wenn der Dauerregen hier sicherlich einiges erklärt. Realität war jedenfalls, was wir in der letzten Swing als „pessimistischste Einschätzung" zitiert hatten: nur 1000 Leute waren im Camp, und vor allem hat sich die Beteiligung zu den zwei Großaktionen nicht nochmal wirklich erhöht. In den Wochen zuvor und erst recht nach der Auftaktdemo des Doppelcamps mit schon bis zu 1200 Leuten war eine deutlich höhere Mobilisierung erhofft worden. Und mit zwei, oder gar dreitausend Menschen wäre der Flughafen sicherlich noch mal ganz anders „gerockt" worden und die Bauplatzbesetzung wäre wohl tatsächlich geglückt. Dass und warum diese größere Mobilisierung nicht gelungen ist, bleibt jedenfalls die zentrale kritische Frage in der Bilanz einer Campwoche, die sich ansonsten durchaus sehen lassen kann.

### Supermarktaktion

Montag, den 18.8.: Rund 300 AktivistInnen versammelten sich zu einem Blockade-Happening vor einem ALDI-Markt in Hamburg-Altona. Diese Aktion war öffentlich angekündigt, der Ort jedoch blieb bis zuletzt unbekannt. Überraschend besuchten zuerst rund 25 Möhren und Rettiche den Supermarkt und eigneten sich mehrere Obst- und Gemüsekisten sowie Schokolade an. Das fanden zwei Supermarktangestellte gar nicht gut und stellten sich in den Ausgang. Die Kisten gelangten dennoch wohlbehalten auf die Straße, auch wenn sich von den Anwesenden niemand recht ihrer annehmen wollte. In der Zwischenzeit war es unabhängig davon einigen AktivistInnen gelungen, das Dach des Supermarkts zu erreichen. Sie entrollten Transparente („Globale Soziale Rechte aneignen!", „Supermärkte = Klimakiller", „Luxus für alle = Bio für alle") und wendeten sich in Redebeiträgen an die mittlerweile zahlreichen und neugierigen PassantInnen. Vor dem Supermarkteingang formierten sich acht „Tomaten", die singend und Flyer verteilend die Inhalte unter die Leute brachten. Die Polizei hatte wohl falsche Infos bekommen und war zunächst an einem anderen Supermarkt in Position gegangen. Bis sie dann den betroffenen Aldi-Supermarkt abriegeln konnten, waren die 300 CampteilnehmerInnen bereits vor dem Supermarkt eingetroffen. Die Stimmung war sehr gut und viele kreative Beiträge gaben ein gutes Gesamtbild ab. Ziel der Aktion war es, die Geschäftspolitik von Supermarktketten anzuprangern. Supermärkte sind ein entscheidender Kristallisationspunkt insbesondere der zerstörerischen und ausbeuterischen Auswirkungen der industrialisierten Landwirtschaft in der bestehenden globalen kapitalistischen Produktionsweise: repressive Arbeitsbedingungen (im Supermarkt ebenso wie in der Produktion), Umweltzerstörung, Dumping, sklavereiähnliche und rassistische Ausbeutung insbesondere von MigrantInnen und Landlosen, Kli-

mawandel bis hin zur Zerstörung und Enteignung kleinbäuerlicher Landwirtschaft. Die damit verbundenen sozial-ökologischen Kämpfe und Konfliktlinien um Globale Soziale Rechte finden darin ihren Ausdruck. Ein vor dem ALDI-Markt improvisiertes Straßentheater des Camps führte dies anschaulich vor Augen. Die Presseresonanz war zahlreich und positiv. Insgesamt fügten sich die Beiträge und Ereignisse zu einer sehr gelungenen und erfolgreichen Aktion zusammen.

**Aktion zu Agrodiesel**

Dienstag, 19.8.: Über 250 Menschen blockierten die weltweit größte Agrodieselanlage der Welt und versperrten die beiden Zufahrtsstraßen und damit den Tanklasterverkehr. In der Anlage im Hamburger Hafen wird Gensoja aus Südamerika und Palmöl von den gerodeten Regenwaldflächen Indonesiens zu „Diesel" für deutsche Autos verarbeitet. Die CO2- Bilanz der industriellen Herstellung und der Rodung riesiger Flächen für die Produktion von Biodiesel durch Agrofuels ist vernichtend. Es wird bei den meisten Rohstoffen sogar mehr CO2 als bei der herkömmlichen Ölgewinnung produziert. Die Orientierung auf Agrofuels hat zu einer Verknappung der Lebensmittel geführt und hat dadurch maßgeblich die enorme weltweite Verteuerung der Lebensmittel zu verantworten. ADM ist mit verantwortlich für massive Kahlschläge im Regenwald und die Vertreibung indigener Bevölkerung. Jährlich werden in der Raffinerie in Hamburg 350.000 Tonnen Palmöl verarbeitet.

**Protest gegen Frontex**

Nochmal Dienstag, gleiche Zeit: In Lübeck demonstrieren bis zu 500 Leute gegen die europäische Grenzschutzagentur Frontex. Sie ist für den Tod von tausenden von Flüchtlingen und MigrantInnen im Mittelmeer und Atlantik mitverantwortlich, denn die militarisierten Frontex-Operationen zwingen MigrantInnen auf immer gefährlichere Fluchtrouten. Frontex soll zukünftig auch die Sammelabschiebungen koordinieren und an einem der ersten europäisch finanzierten Abschiebecharter, der 2006 nicht zufällig in Hamburg startete, nahm auch ein Beobachter dieser Agentur teil. Die Ausbildung von Frontex-Einheiten findet in Deutschland regelmäßig in der Bundespolizeiakademie in Lübeck statt. Vor diesem Hintergrund stand die Aktion am 19.8., die mit klassischer Musik und tollem Sprechgesang der Gruppe Lebenslaute vor den abgeriegelten Toren der Akademie begann. Nach einer Kundgebung gab es dann eine Demonstration durch die Lübecker Innenstadt. Die Mobilisierung steht im Rahmen einer internationalen Kampagne gegen Frontex, die Anfang Juni mit einer Protestkundgebung vor deren Hauptquartier in Warschau gestartet wurde (siehe auch letzte Swing).

**Fluten 3.0**

Protestzone gegen Abschiebungen im Terminal 1 – Ein Warnstreik am Hamburger Flughafen gegen die „Charter der Schande"

Noch bevor sich über 1000 Leute an der S-Bahnstation Ohlsdorf zur Kundgebung und anschließenden Demonstration in Richtung Hamburger Flughafen versammelten, begannen in den Terminals bereits die ersten Aktivitäten. Verteilung von „global passports", eine Massenhochzeit, Transparentaktionen und Pauschaltouristen gegen Abschiebungen … – eine ganze Reihe von Gruppen hatten sich vorbereitet und wa-

ren – nicht selten als perfekte Rollkoffertouristen verkleidet – auch problemlos ins Flughafeninnere gelangt. Über mehrere Stunden bis zum späten Nachmittag, als nochmals zweihundert DemonstrantInnen in Form einer Polonaise lautstark durch das Gebäude fluteten, wurde das

Terminal 1 in eine öffentlichkeitswirksame Protestzone gegen Abschiebungen verwandelt. Gegen 13 Uhr war, ebenfalls parallel zur Demo, eine der zentralen Zufahrtstraßen zum Airport durch eine „Reclaim the Street"-Parade von etwa 150 Personen verstellt worden. Transparente und Sprechblasen für globale Bewegungsfreiheit wurden mitgeführt wie auch ein Verkehrsschild gegen Abschiebungen oder Schlauchboote als Symbol für die Solidarität mit den Boatpeople. Die Straße war für eine gute Stunde gestaut, allerdings wurden hier später auch über 50 Beteiligte in Gewahrsam genommen. Um die gleiche Zeit kam es zu Verkehrsstaus durch Transparentaktionen und Materialblockaden mittels Papiercontainern und Baumstämmen auf einer weiteren Zufahrtsstraße, und im nördlichen Anfahrtsbereich des Flughafens zwangen Fahrradcorsos den Autoverkehr zur Verlangsamung.

„Informative Behinderungen" waren im Vorfeld des Aktionstages u. a. den Reisebüros und Fluggesellschaften angekündigt worden, und der Polizeiaufmarsch sowie deren Straßen- und Eingangskontrollen taten ein Übriges, dass sich der Verkehr rund um den Flughafen immer wieder staute. Dort wie auch vor und in den Terminals haben jedenfalls alle Fluggäste, BesucherInnen und Beschäftigten mitbekommen, um was es mit diesem Protesttag ging: gegen das Unrecht der Abschiebungen und für die Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit. Denn der Hamburger Flughafen ist ein Tatort permanenter Menschenrechtsverletzungen. Er fungiert als europaweiter Startpunkt für die „Charter der Schande", für die brutalen Sammelabschiebungen von Flüchtlingen und MigrantInnen in eigens dafür angemieteten Flugzeugen. Diese Flüge gehen bei Nacht und Nebel, unter Ausschluss jeder Öffentlichkeit. Die „Schüblinge" werden von Bundespolizisten in die Flugzeuge gezwungen, notfalls gefesselt und geknebelt oder von angeheuerten Abschiebeärzten ruhiggestellt. Und es sind insbesondere Hamburg International und einige andere Airlines, die ihre Maschinen bereitstellen und vom schmutzigen Geschäft mit den Abschiebungen profitieren. Mindestens acht europäische Abschiebecharter sind seit Mai 2004 von Hamburg gestartet, alle in afrikanische Staaten. Kosten scheinen keine Rolle zu spielen. Die EU fördert diese Flüge finanziell und Frontex (siehe Aktion am Dienstag) will sogar ein eigenes Flugzeug anschaffen, insbesondere für jene, die sich bereits zuvor erfolgreich gegen ihre Abschiebung gewehrt haben. Verschiedene Aktionsformen haben jedenfalls am 22.8. bestens zusammengewirkt, die Polizei war bisweilen völlig überfordert, und die dann vorzeitige und widerrechtliche Auflösung der angemeldeten Abschlusskundgebung erscheint als entsprechende Verzweiflungsreaktion auf einen insgesamt gelungenen „Warnstreik von außen".

**Gegenstrom08 – Drei Finger gegen den Zaun einer Kohlekraftwerksbaustelle**

Schon am Mittwoch wurde es auf der Baustelle des Kohlekraftwerks in Hamburg-Moorburg lebendig. Fünf AktivistInnen erkletterten einen der Baukräne und seilten sich mit einem Transparent („Energiekonzerne

Verfasst von red.hanau am 13. September 2008 - 10:26. aus Swing No. 154 // alle Bilder vom Umbruch-Bildarchiv, danke!

enteignen") ab. Andere sahen sich unterdessen zu Fuß auf der Baustelle um, während die kurzerhand in den Feierabend entlassenen Bauarbeiter fröhlich abzogen und sich von einem Fest in Wilhelmsburg eine Spontandemonstration Richtung Moorburg in Bewegung setzte.

Das Kraftwerk wird von Vattenfall gebaut, bei seiner Fertigstellung wird es nicht nur die umliegenden Stadtteile massiv mit Feinstaub belasten, sondern den Ausstoß des Klimagases CO2 in Hamburg mit einem Schlag um 40% erhöhen. Moorburg ist dabei nur eines von über 20 neuen Kohlekraftwerken, die bundesweit geplant oder im Bau sind. „Durch ihre Fertigstellung würde die ineffiziente, veraltete und extrem klimaschädliche Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern auf Jahrzehnte festgeschrieben. Zu dieser unverantwortlichen Politik, die allen Lippenbekenntnissen zum Klimaschutz Hohn spricht, sagen wir unmissverständlich NEIN!" so die Ankündigung von „gegenstrom" die mit der Absichtserklärung schließt: „Die Baustelle des Kohlekraftwerks Moorburg wird am 23.8. besetzt!" Am Abend zuvor, Freitag, begann allerdings ein Dauerregen. Am Morgen regnete es noch immer und es zeichnete sich ab: das wird nicht wie angekündigt eine Massenaktion mit Tausenden werden. Aber irgendwie waren sie allen SkeptikerInnen zum Trotz nicht zu stoppen, die Finger! Und so zogen dann 700 Leute los, dem Regen trotzend und wild entschlossen, zumindest zu zeigen, dass mit Entschiedenheit recht weit zu kommen ist. Der Tag endete schließlich nach drei „(Fingerangriffs-)Wellen", die jeweils bis an den Zaun der Baustelle gelangten und ihn durchlöchert zurückließen. Dabei hatte sich die „Fünf-Finger-Taktik" (auch wenn's diesmal nur drei Finger waren) auf Wiesen und Spülfeldern erneut bewährt. Polizeisperren wurden auf breiter Fläche überlaufen, einige Zäune überwunden. Doch angesichts einer Polizeiübermacht, die rund um den letzten Bauzaun massiv aufgestellt war und von Schlagstöcken und Wasserwerfern reichlich Gebrauch machte, war frühzeitig klar: eine Besetzung des Bauplatzes lässt sich heute nicht realisieren. „Nächstes Mal sehen wir uns im November bei Castor. Da gibt es im Wald keine solchen Zäune – und wir werden mehr sein!" so wird im Internet die Gegenstrom-Aktion dennoch zufrieden kommentiert. Und dass es wichtig war, nach dem großartigen Erfolg während des G8 weiter zu experimentieren mit einer entschiedenen und zugleich transparenten Aktionsform, daran dürfte wohl kein Zweifel bestehen.

*Vom 29. – 31. August 2008 fand in Patras (Griechenland) ein NoBorderCamp statt, das hierzulande in der Antira-Szene kaum Beachtung fand. Eine Demo mit weit über 1 000 Flüchtlingen direkt an einem Knotenpunkt der illegalisierten Migration in die Festung Europa halten wir allerdings für ein politisches Ereignis, auf das sich auch die Kämpfe hierzulande beziehen sollten.*

Patras ist mit 170 000 Einwohner_innen die viertgrößte Stadt Griechenlands. Ihr großer Hafen hat für ganz Griechenland eine besondere Bedeutung, denn er ist das Tor nach Europa. Und dies nicht nur für Griech_innen. Tausende Flüchtlinge passieren die Stadt und versuchen über Monate und Jahre irgendwie auf eine der Fähren nach Italien zu kommen, in dem sie versuchen sich selbst unter einen LKW zu tapen, in einem zu verstecken, jemanden zu bestechen,… Am Hafen von Patras wird die Festung Europa konkret erfahrbar. Überall sieht mensch kleine Gruppen von Flüchtlingen, die irgendwo über den Zaun des Hafens springen oder auf die richtige Gelegenheit warten. Die zahlreichen Borderguards fahren währenddessen in Jeeps und auf Motorrädern gelassen über das Hafengelände, und sehen sie mal wieder eine Gruppe von Flüchtlingen, setzt der eine oder andere schon mal ein fettes, machtgeiles Grinsen auf, gibt den Gesichteten noch ein paar Sekunden Vorsprung und dann…

In Patras gibt es momentan noch keine staatlich eingerichteten Flüchtlingslager. Einige Flüchtlinge wohnen in leer stehenden Häusern, andere im so genannten Flüchtlings-Settlement. Diese Flüchtlingsansiedlung gleicht einem Slum, der aus der ‚vierten Welt' mitten in die griechische Hafenstadt verlegt wurde. 1995 wurde sie von kurdischen Flüchtlingen gegründet. Heute wohnen dort zwischen 1 000 und 1 500 junge afghanische Männer, viele davon minderjährig. Die Lebensbedingungen sind miserabel. In den winzigen Wellblechhütten wohnen meist etwa zehn Flüchtlinge, sanitäre Anlagen gibt es nicht und fließendes Wasser haben griechische Autonome zusammen mit den Flüchtlingen erst letzten Mai installiert.

Die Noborder-Bewegung in Griechenland ist noch verhältnismäßig jung. Im Jahr 2005 wurde schon mal ein NoBorderCamp an der

Grenze zu Bulgarien organisiert, das ähnliche Beachtung in der deutschen Antira-Szene fand, wie dieses. Damals wurde ein Abschiebeknast angegriffen, bis sich die staatlichen Autoritäten darauf einließen, dass die Gefangenen Kontakt nach Außen haben dürfen. Die griechischen Aktivist_innen besprachen sich dann mit den Flüchtlingen, organisierten ihnen Anwälte und holten die meisten von ihnen auf diese Art raus. Abschiebeknäste und staatliche Flüchtlingslager gibt es in Griechenland bisher nicht viele. Die meisten von ihnen befinden sich in der Nähe der Grenze zur Türkei – entweder neben dem Fluss Evros, der mit Minen gesichert ist durch die viele Flüchtlinge ihr Leben verloren oder auf Inseln in der Ägäis. Pro Asyl deckte im letzten Sommer beispielsweise die Praxis der Folter durch griechische Grenzbeamte auf der Insel Lesbos auf.

Doch auch die Flüchtlinge, die es bis nach Patras geschafft haben, stehen weiterhin vor den (geschlossenen) Toren der Festung Europa. Viele berichteten von systematischen Übergriffen durch die Polizei. Flüchtlinge werden verprügelt, wobei ihnen oft die Beine oder Arme gebrochen werden. Diesen Sommer wollte die Polizei einen Platzverweis für den gesamten Innenstadtbereich für alle Flüchtlinge durchsetzen. Dennoch erscheint vielen Flüchtlingen die Hoffnung auf einen „Platz" auf einer Fähre, das nach Italien fährt, wahrscheinlicher, als den schwierigen Landweg durch die Balkanländer über die zahlreichen, stark bewachten Grenzen.

Vor diesem Hintergrund entschlossen sich die griechischen Aktivist_innen ein NoBorderCamp in Patras zu organisieren. Diese setzen sich zusammen aus verschiedenen Gruppen – an der Seite der antiautoritären Bewegung aus Thessaloniki und Patras kämpfen Clandestina (Gruppe der Flüchtlinge und Migrant_innen, Thessaloniki) und Einzelpersonen gegen die Migrationspolitik der griechischen Regierung.

### Das Camp

Das Camp wurde am Freitag mit einem Volleyballturnier am Stand eröffnet. Abends nahmen über dreihundert Menschen – unter ihnen mehr als einhundert Flüchtlinge aus dem Settlement – an einer Diskussion zu „Festung Europa und die Widerstandsbewegungen" teil. Aktivist_innen aus Griechenland, Italien, der Ukraine, Bulgarien und der Türkei diskutierten über die Situation von Flüchtlingen in ihren Ländern und über die Bestrebungen der Europäischen Union die Flüchtlingsabwehr immer weiter an bzw. vor die Grenzen der EU zu verlagern.

Am Samstag Vormittag war ein Treffen im Settlement der afghanischen Flüchtlinge angesetzt um letzte Absprachen für die Demonstration am frühen Abend zu treffen.

Die Demo startete schließlich mit über 2 000 Menschen, darunter mehr als 1 000 Flüchtlinge, ausgestattet mit Fahnen, Knüppeln und Transparenten. Auf dem Weg ins Stadtzentrum wurden lautstark Parolen gerufen. Die Demo endete an einem Platz in der Innenstadt, wo noch ein no-border-open-air Konzert stattfand.

Am Sonntag, dem letzten Tag des Camps sammelten sich mittags etwa zweihundert Menschen – diesmal aus Sicherheitsgründen ohne Flüchtlinge – in einem Park in Patras um in den Sicherheitsbereich des Hafens einzudringen und dort Transparente an eine der Fähren zu hängen. Als die Demo an der Sicherheitszone ankam versuchten Einheiten der Grenzschützer – mit Helmen, Schildern und Knüppeln ausgerüstet – die Demonstrant_innen aufzuhalten. Diese funktionierten ihre Fahnen zu Schlagstöcken um und lieferten sich eine mehrere Minuten dauernde Auseinandersetzung mit den Grenzschützern, die mittlerweile von Polizeieinheiten unterstützt wurden. Diese wussten sich nicht anders zu helfen, als Tränengasgranaten in die Demo zu werfen.

Nachdem sich die Demo neu formiert hatte, wurde durchgesetzt, dass der Hafen betreten und die Transparente aufgehängt werden konnten. Nach der Aktion schlossen sich Flüchtlinge, die die Demo beobachtet hatten, jubelnd an.

Am frühen Abend fand das Abschlussplenum des Camps statt – leider unter enormem Zeitdruck, da ein Großteil der Teilnehmer_innen noch am gleichen Abend abreisen musste. Daher blieb kaum Zeit für einen Rückblick auf das Camp und einen ausführlichen Austausch, der von einigen Teilnehmer_innen gefordert wurde. Anders als bei anderen NoBorderCamps gab es in Patras kaum Raum für Workshops, Diskussionen o.ä. Was von einigen kritisiert wurde, da so kaum die Möglichkeit bestand miteinander in Austausch zu kommen.

## Und jetzt…

Wenige Tage nach dem NoBorderCamp begann die Polizei mit massiven Übergriffen auf die Flüchtlinge des Settlements. Nachdem einige im Krankenhaus gelandet waren, sperrte die Polizei 47 minderjährige Flüchtlinge auf dem Hafengelände in einen Container. Inspiriert von der erfolgreichen Aktion am Sonntag griffen daraufhin einige hundert Flüchtlinge den Hafen an. Die riesige Front des Hafenkommandanturgebäudes wurde entglast und die Polizei war so hilflos, dass sie selber anfing mit Steinen zu werfen. Die wenigen griechischen Aktivist_innen in Patras waren überfordert.

Dass sich in der Zukunft die Situation in Patras grundlegend ändern wird, scheint gewiss. Die griechische Regierung – immer bestrebt endlich „richtig nach Europa“ zu gehören – ist seit einigen Jahren dabei si-

cherheitspolitisch nachzurüsten. In Rio, etwa 15 km entfernt von Patras soll ein großes ‚Hospitality Center' für etwa 1 000 Flüchtlinge entstehen. Auch die Verwendung dieses zynischen Begriffs, der auf deutsch in etwa ‚Gastfreundschaftszentrum' bedeutet, wurde sich scheinbar aus Westeuropa abgeguckt. Neben der griechischen Mehrheitsgesellschaft lassen sich dadurch allerdings auch einige sozialistische Gruppen blenden, die sich nun zum Ziel gesetzt haben den Flüchtlingen „endlich ein Leben in hygienischen Bedingungen" zu ermöglichen. Griechenland ist dabei, ein Lagersystem nach westeuropäischem Vorbild aufzubauen; die Errichtung eines ‚Hospitality Centers' bedeutet nichts anderes als einen weiteren großen Abschiebeknast in der EU.

Die Verhinderung dessen ist eines der Ziele der griechischen NoBorderBewegung. Doch ansonsten gibt es einige fundamentale Unterschiede der Kämpfe in Griechenland zu denen Westeuropas. Der allergrößte Teil der Flüchtlinge in Griechenland will dort gar nicht bleiben. Die absehbaren Lebensbedingungen für Flüchtlinge macht Griechenland zu einem Transitland; die Hoffnungen richten sich nach Westeuropa. Zwar gibt es auch viele Illegalisierte in Griechenland und dementsprechend auch einen großen illegalisierten Wirtschaftssektor, doch die Bedingungen erscheinen perspektivlos. Schon das Lohnniveau der Griech_innen ist weit unter dem westeuropäischem Durchschnitt und beispielsweise die Kämpfe der illegalisierten Landarbeiter_innen um andere Arbeitsbedingungen und -löhne werden von den Großgrundbesitzern mit nackter Gewalt beantwortet. Dementsprechend ist es nicht die Forderung nach einem Bleiberecht, um die sich die entstehende Antirabewegung sammelt. Gefordert wird Bewegungsfreiheit für alle, die Abschaffung der Grenzen, sowie der imperialistischen Kriege und des kapitalistischen Weltsystems.

Die Forderung nach einem Bleiberecht war und ist zu recht eine der grundlegenden der deutschen Antira-Bewegung. Die Fokussierung auf diese Forderung wird allerdings mehr und mehr durch die sinkenden Zahlen der Neuankommenden in Frage gestellt. Stellten in den 1990er Jahren in der Regel weit über 100 000 Menschen im Jahr einen Asylantrag, waren es beispielsweise in den letzten beiden Jahren um die 20 000. Immer mehr Flüchtlinge werden schon weit vor den deutschen Grenzen aufgehalten. Die Transnationalisierung des Krieges gegen Flüchtlinge und Migrant_innen stellt auch die bundesdeutsche Linke vor neue Anforderungen. In unseren Augen ist eine transnationale Organisierung und Vernetzung notwendig; und das bedeutet auch, den Blick nach Griechenland zu richten und die Forderung nach Bleiberecht – die ja trotzdem aktuell bleibt – in die Forderung nach Bewegungsfreiheit umzumünzen. Das NoBorderCamp in der Ukraine im letzten Jahr oder das Manifest von Rabat von 2006 und die gemeinsamen Proteste nordafrikanischer und europäischer Gruppen gegen die Migrationspolitik der EU im Oktober 2008 in Paris sind hier erste Anknüpfungspunkte, die es weiterzuverfolgen gilt.

**Smash the borders!**
**Ελευθερία μετακίνησης!**
**Bewegungsfreiheit für alle!**

Einige Aktivist_innen aus Oldenburg

# DOCH DANN KAM DIE KRISE...

## DIE LINKE IN THAILAND ZEHN JAHRE NACH DER ASIENKRISE

**Die Asienkrise und der anschließende Aufstieg Thaksin Shinawatras stürzte die politische Linke Thailands in eine tiefe Krise, aus der ein Prozess der Neuformierung entstanden ist.**

*Alte Kräfte und die politischen Diskurse von »national sovereignity« und »localism« scheiterten an der dreifachen Herausforderung durch Krise, Thaksin und Putsch. Eine Neuorientierung ist im Gang, in der neue Akteure in einem globalen antikapitalistischen Zusammenhang nach neuen Wegen und Alternativen suchen.*

1997 stellte einen bisherigen Höhepunkt an politischer Organisierung und Aktivität der emanzipatorischen Linken in Thailand dar. Zwischen Januar und April veranstaltete das Forum der Armen (Samacha Khon Jon) eine Belagerung des Parlaments, die 99 Tage andauerte. Bis zu 20.000 Menschen waren an den Spitzentagen beteiligt, und diese waren in hunderten von Dörfern im Norden und Nordosten des Landes vernetzt und verankert.

Das Forum der Armen war ein neues politisches Projekt. Es war in vielerlei Hinsicht zapatistisch. Es war als Netzwerk konzipiert, das Autonomie für die einzelnen beteiligten Gruppen vorsah. Es gab keine bezahlten Funktionäre und keine Parteilinie. In Abgrenzung zur Strategie der Machtübernahme der kommunistischen Partei wurde eine konkrete Kritik an kapitalistischen Großprojekten wie Staudämmen oder Plantagen mit einer Strategie der Wiederaneignung von natürlichen Ressourcen verfolgt. Das Forum verwob viele der in den 80er Jahren gegründeten Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) mit erfolgreichen Basisbewegungen und mit Intellektuellen an den Universitäten. Die vielen lokalen Initiativen und Proteste, die sich nach dem Maiaufstand von 1992 vermehrt hatten, bekamen so ein nationales Gesicht. Das Forum war durchaus erfolgreich in seiner Kritik des kapitalistischen Entwicklungsmodells. Drei größere Basisbewegungen konnten die Umsiedlung hunderter Dörfer in den Wäldern des Nordens, Eukalyptusgroßplantagen im Nordosten und einen weiteren Ausbau von Staudämmen verhindern. Mit dem 99-Tage Protest konnten wichtige Vereinbarungen durchgesetzt werden (wie zum Beispiel das Prinzip, dass Menschen in Nationalparks leben dürfen oder die Entschädigung für den Pak Mun-Staudamm) und mit der Unterschrift des Premiers auf höchster Regierungsebene abgesichert werden. Doch dann kam die Wirtschaftskrise.

### Das Gesamtklima wurde rauer

Der wirtschaftliche Zusammenbruch veränderte die politischen Grundkoordinaten, in denen die verschiedenen Akteure des Forums operierten, grundlegend. Erstens führte die Krise zum Rücktritt des Premiers Chavalit Yongchaiyudh. Damit waren verschiedene Vereinbarungen wieder hinfällig und der neue Premierminister Chuan Leekpai hatte nicht vor, die Zusagen seines Vorgängers zu honorieren. Zweitens wurde das Gesamtklima rauer. Es ging nicht mehr um einen nicht endenden Boom, in dem bestimmte Großprojekte kritisiert werden konnten und es einen Verteilungsspielraum gab. Jetzt ging es um massive Einsparungen, um Massenentlassungen und Verteilungskämpfe, die mit einem nationalen Diskurs untermauert wurden, bei dem zum Beispiel zehntausende Burmesischer MigrantInnen zwangsrückgeführt wurden. Kritiker waren hier unerwünscht. Und drittens breiteten sich in Reaktion auf die Auflagen des IMF (die unter anderem die Übernahme thailändischer Firmen durch ausländisches Kapital zu Ramschpreisen bewirken sollten) neue nationalistische Initiativen und Proteste aus, die den starken diskursiven Einfluss

des Forums in Frage stellten.

Das Forum konnte mit diesen neuen Herausforderungen nicht umgehen, und dies lag vor allem an den ideologischen Grenzen ihres Projekts, das Hewison als »Localism« analysiert. Als Reaktion auf die großen, staatlichen Projekte, sah das Forum das Hauptproblem in einer von außen kommenden, städtisch geprägten, industriellen Entwicklung. Diese brachte Vertreibung, Verarmung und eine Kommerzialisierung des Lebens. Als Alternative wurde das Ursprüngliche, Traditionelle, Ländliche gesehen, das heißt mit einer eigenen Subsistenz ausgestattete, vom Markt unanhängige, selbstgenügsame bäuerliche »communities.« Diese Alternative wurde von den Intellektuellen des Netzwerkes mit einer romantischen Idealisierung des ländlichen Lebens als das eigentlich »Thailändische« zusätzlich verklärt. Die Intervention des IWFs konnte in diesem Sinne wunderbar als fremde, ausländische Intervention, als Konsequenz eines der »Thainatur« fremden westlichen Konsumlebensstils kritisiert werden, was wiederum eine Steilvorlage für die Akzeptanz eines Nationalismus lieferte, der mit den Kernwerten des Forums (Selbstbestimmung; Basisdemokratie; Einklang zwischen Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt) wenig zu tun hatte. Am wichtigsten zu nennen sind hier der (Milliardär-)König, der als Reaktion auf die Krise zu wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit (self-sufficiency) für Thailand aufrief, und (Milliardär-) Thaksin Shinawatra.

Thaksin verstand es wie kein anderer, den Diskurs der »national sovereignty« für sich zu vereinnahmen und für seine Zwecke einzusetzen. Der Name seiner Partei, Thai Rak Thai (»Thais lieben Thais«) griff die Stimmung der thailändischen Kulturabschottung angesichts der Krise perfekt auf, und indessen gewann Thaksin seinen Wahlkampf mit einer Kampagne gegen den IWF (als die Schulden später zurückbezahlt wurden, feierte Thaksin medienwirksam Thailands »Unabhängigkeit«) und gegen die gemeinhin als »Lakaien des Westens« verhöhnten Demokraten. Gleichzeitig aber lud er ehemalige Aktivisten in sein Team und baute Forderungen von Bauernaktivisten in sein Wahlprogramm ein, insbesondere ein Schuldenrückzahlmoratorium und großzügige Investitionsprogramme (wie das 1-Million-Baht-Projekt, bei dem jedes Dorf selbst das Geld investieren und verleihen konnte). Thaksin traf sich sogar mit dem Forum der Armen, und versprach, sich um das Problem des Pak Mun-Staudamms zu kümmern. Auf dieser Grundlage genoss er eine Art abwartende Unterstützung des Forums und vieler NGO-Aktivisten.

**Die Bedeutungslosigkeit der ländlich-orientierten NGOs**

Mit dem Erfolg Thaksins wuchs die Bedeutungslosigkeit der ländlich-orientierten NGOs und des Forums. Thaksin beschleunigte die Kapitalisierung und Kommerzialisierung des ländlichen Raums, aber er tat dies auf intelligente Weise und flankierte es mit sozialen Maßnahmen wie dem 30-Baht-Gesundheitsprogramm und dem 1-Million-Baht-Projekt. Somit vermied er es erst einmal, größere Gruppen von Marginalisierten zu schaffen. Mit ihrer Strategie der selbstgenügsamen Subsistenz konnte das Forum bei der großen Mehrheit der Kleinbauern gegen dieses Programm nicht ankommen, zudem auch bewährte Protestformen bei der insgesamt repressiveren Regierungsart Thaksins nicht viel bewirkten. Vielerorts herrschte Ratlosigkeit und Resignation.

Die Neuformierung wuchs aus den internen Widersprüchen von Thaksins sozial-flankiertem, neoliberalen Kapitalismus und aus einer neuen Einbettung thailändischer Kräfte innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung. Als erstes rebellierten die relativ gut organisierten Arbeiter der Staatsbetriebe gegen die Privatisierungspolitik Thaksins. 2005 protestierten tausende von Gewerkschaftsmitgliedern gegen die Privatisierung des Energiekonzerns EGAT, unter anderem mit Straßenblockaden und informellen Streiks. Dann kamen Bauerngruppen hinzu, die Verlierer der Freihandelspolitik von Thaksin waren, und die nicht im Forum der Armen organisiert waren. Hierzu gehörten die Knoblauch- und Zwiebelanbauer im Norden des Landes, die nach dem »beschleunigten« (sprich totalen) ASEAN-China Freihandelsabkommen (FTA) für Obst und Gemüse mit Billigimporten aus China nicht konkurrieren konnten, und die Milchbauern vor allem des Nordostens, die nach dem FTA mit Australien um ihren Lebensunterhalt fürchteten. Zu nennen sind aber auch neue Projekte von Intellektuellen, allen voran die Internetprojekte

Midnite University und Prachathai, und die Theoriezeitschrift FaDiaoGan (»Unter einem Himmel«). Ein wichtiger, neuer Akteur war FTA-Watch, eine Allianz mehrerer NGOs, die gegen die vielen geplanten bilateralen FTAs, allen voran das Abkommen mit den USA, mobilisieren wollten. Wichtige Mitglieder von FTA-Watch waren interessanterweise Focus on the Global South (ein in der globalisierungskritischen Bewegung zentraler Thinktank); Gruppen von HIV-Positiven (die im Kampf gegen Patente auf lebenswichtige Medikamenten global vernetzt waren) und das Northern Farmers Network (das mit dem MST Brasiliens Kontakte pflegte und dadurch inspiriert schon ähnliche Landbesetzungen durchführte). Die globale Vernetzung führte nach Hongkong zu Protesten gegen die WTO, die wiederum eine sehr erfolgreiche Stürmung der FTA-Verhandlungen zwischen Thailand und den USA in Chiang Mai, im Januar 2006, inspirierte. Als wenig Zeit später eine verallgemeinerte Massenbewegung gegen Thaksin ausbrach, entstand die strategisch wichtige Frage: Sollten die progressiven Kräfte teilnehmen und intervenieren, oder draußen bleiben? Die Frage war deswegen berechtigt, weil ein dominanter Anführer der Proteste, Sondhi Limthongkul, eher zur Elite gehörte und seine Rhetorik gegen Thaksin in royalistischer Spra-

che ausdrückte. Das Forum der Armen, nach langen Überlegungen, entschied sich gegen eine offizielle Beteiligung des gesamten Netzwerkes, da es ein Konflikt innerhalb der Elite sei, der mit ihren konkreten Problemen nichts zu tun hätte. Pikanterweise organisierte hingegen eine Gruppe ehemaliger Forumsaktivisten eine »Karawane der Armen« zur Unterstützung des angeschlagenen Premiers. FTA-Watch, hingegen, schloss sich der People‹s Alliance for Democracy (PAD) an, und intervenierte so erfolgreich, dass das Thema FTA in der Anti-Thaksin-Bewegung eine prominente Rolle spielte.

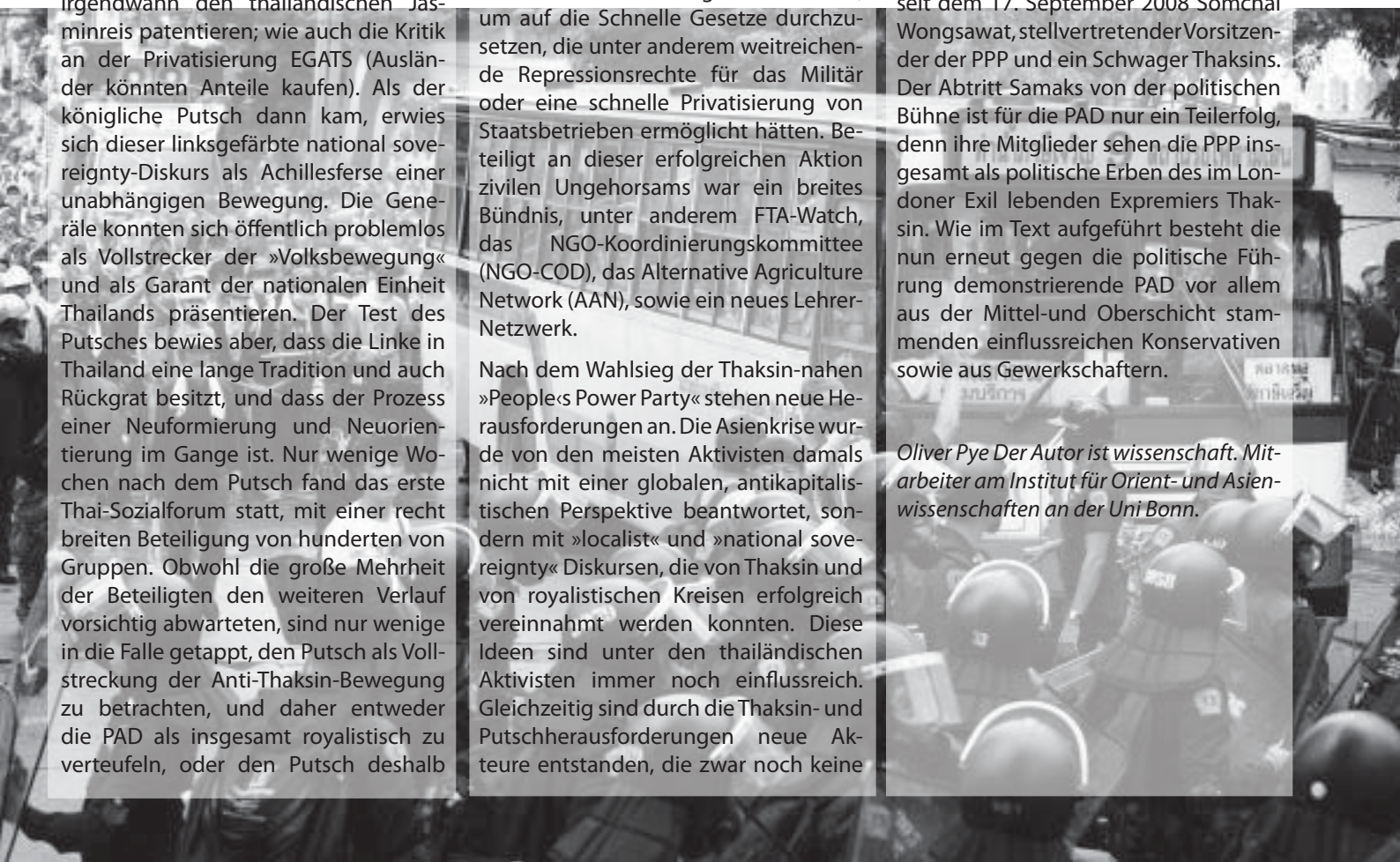
**Die Linke hat lange Tradition und besitzt Rückgrat**

Aber auch hier fand ein großer Teil des Anti-Thaksin-Diskurses innerhalb der »national sovereignty« statt. Die Kritik am Verkauf der Shin Corporations bekam eine nationalistische Note (Singapur würde eine thailändische Firma – und Fernsehstation – besitzen). Die Kritik an dem FTA mit den USA ebenfalls: das Land würde ausverkauft, amerikanische Unternehmen würden irgendwann den thailändischen Jasminreis patentieren; wie auch die Kritik an der Privatisierung EGATS (Ausländer könnten Anteile kaufen). Als der königliche Putsch dann kam, erwies sich dieser linksgefärbte national sovereignty-Diskurs als Achillesferse einer unabhängigen Bewegung. Die Generäle konnten sich öffentlich problemlos als Vollstrecker der »Volksbewegung« und als Garant der nationalen Einheit Thailands präsentieren. Der Test des Putsches bewies aber, dass die Linke in Thailand eine lange Tradition und auch Rückgrat besitzt, und dass der Prozess einer Neuformierung und Neuorientierung im Gange ist. Nur wenige Wochen nach dem Putsch fand das erste Thai-Sozialforum statt, mit einer recht breiten Beteiligung von hunderten von Gruppen. Obwohl die große Mehrheit der Beteiligten den weiteren Verlauf vorsichtig abwarteten, sind nur wenige in die Falle getappt, den Putsch als Vollstreckung der Anti-Thaksin-Bewegung zu betrachten, und daher entweder die PAD als insgesamt royalistisch zu verteufeln, oder den Putsch deshalb »kritisch« zu unterstützen. Stattdessen setzte sich ein Konsens durch, der eine unabhängige, kritische Positionierung zum Putsch erlaubte. Dies wurde durch die auf einer kleinen, gegen den Putsch ausgerichteten Protestveranstaltung, verlesenen Erklärung zum Ausdruck gebracht, die sowohl Thaksin als auch den Militärputsch ablehnte, und zwar auf Basis einer Forderung nach einem Wohlfahrtsstaat. Statt des Populismus eines medial inszenierten, modernen CEO-Herrschers (CEO = Chief Executive Officer – Thaksin verglich seinen Regierungsstil gerne mit dem Führen eines Unternehmens) forderte das Forum soziale Rechte auf Arbeitslosengeld, Kranken- und Rentenversicherung und freie Bildung. Gleichzeitig waren immer wieder Elemente direkter Wiederaneignungsprojekte zu sehen, sei es in den Ansätzen der kommunalen Radiosendungen oder in der Gemeindewaldbewegung. Dieser Konsens wurde nochmals unterstrichen, als es den gleichen Akteuren gelungen ist, eine Sitzung der vom Militär eingesetzten National Legislative Assembly (NLA) zu stürmen und das Parlamentsgebäude zu besetzen. Das NLA war eingesetzt worden, um auf die Schnelle Gesetze durchzusetzen, die unter anderem weitreichende Repressionsrechte für das Militär oder eine schnelle Privatisierung von Staatsbetrieben ermöglicht hätten. Beteiligt an dieser erfolgreichen Aktion zivilen Ungehorsams war ein breites Bündnis, unter anderem FTA-Watch, das NGO-Koordinierungskommittee (NGO-COD), das Alternative Agriculture Network (AAN), sowie ein neues Lehrer-Netzwerk.

Nach dem Wahlsieg der Thaksin-nahen »People‹s Power Party« stehen neue Herausforderungen an. Die Asienkrise wurde von den meisten Aktivisten damals nicht mit einer globalen, antikapitalistischen Perspektive beantwortet, sondern mit »localist« und »national sovereignty« Diskursen, die von Thaksin und von royalistischen Kreisen erfolgreich vereinnahmt werden konnten. Diese Ideen sind unter den thailändischen Aktivisten immer noch einflussreich. Gleichzeitig sind durch die Thaksin- und Putschherausforderungen neue Akteure entstanden, die zwar noch keine fertige Antwort haben, aber verwurzelt, bündnisfähig und interventionistisch sind, und neue Ansätze suchen.

**Zu den Ereignissen in Thailand im Sommer 2008**

Ab Mai 2008 begannen verstärkte Proteste von Regierungskritikern, die Premierminister Samak Korruption vorwerfen und seinen Rücktritt fordern. Seit Ende August besetzen mehr als zehntausend Protestierende den Regierungssitz, blockierten vorübergehend drei Flughäfen und Mitglieder der Gewerkschaft und der Versorgungswerke bestreikten die Bahnverbindungen Bangkoks. Auf der thailändischen Urlaubsinsel Phuket saßen zeitweise 15.000 Touristen fest, weil ihre Flüge ausfielen. Nachdem es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern der Regierung kam und ein PAD-Mitglied ums Leben gekommen war, verhängte die Regierung am 1. September den Ausnahmezustand über Bangkok. Aufgrund einer verbotenen Nebentätigkeit als Fernsehkoch wurde die Regierung Samak im September 2008 für abgesetzt erklärt. Neuer Premierminister ist seit dem 17. September 2008 Somchai Wongsawat, stellvertretender Vorsitzender der PPP und ein Schwager Thaksins. Der Abtritt Samaks von der politischen Bühne ist für die PAD nur ein Teilerfolg, denn ihre Mitglieder sehen die PPP insgesamt als politische Erben des im Londoner Exil lebenden Expremiers Thaksin. Wie im Text aufgeführt besteht die nun erneut gegen die politische Führung demonstrierende PAD vor allem aus der Mittel-und Oberschicht stammenden einflussreichen Konservativen sowie aus Gewerkschaftern.



*Oliver Pye Der Autor ist wissenschaft. Mitarbeiter am Institut für Orient- und Asienwissenschaften an der Uni Bonn.*

# Für ein ganz anderes Klima!

## Der Castor bleibt auf der Strecke!

**Anfang November ist es soweit:**
11 Castoren mit hochradioaktivem Müll sollen von LaHague nach Gorleben transportiert werden. Dem wollen wir ein deutliches und entschiedenes Nein entgegenhalten!

Mit einer großen gemeinsamen Aktion werden wir uns einen Teil der Castorgleise aneignen - der Castor bleibt diesmal auf der Strecke – basta! Mit dieser Idee wollen wir an die Aktionserfahrungen anschließen, die in den vergangenen Jahren viele Menschen – in Heiligendamm, Hamburg und anderswo – spektrenübergreifend gesammelt haben.

**Globale Systemkritik praktisch werden lassen!**
Gerade jetzt ist es wichtig und notwendig, dass der Widerstand gegen die Atomtechnologie öffentlich sichtbar und spürbar wird: Die Erneuerung des deutschen Kraftwerkparks steht an. Dies bedeutet Investitionen in Milliarden Höhe. Auf der Agenda steht der Bau von zwei Dutzend Großkraftwerken; Atomlobby und manche Politikerinnen schwadronieren sogar von einer Renaissance der Atomenergie. Jetzt werden die Weichen für die Energiepolitik der nächsten Jahrzehnte gestellt! Hier geht es um viel: um Profit einerseits - aber auch um die Chance für einen energiepolitischen und gesellschaftlichen Umbruch, für ein menschengerechtes Leben. Der Castortransport ist eine gute Gelegenheit, die Debatte um Klima und Energie inhaltlich und praktisch auszutragen. Energiepolitik wird hier verhandelt!

Widerstand gegen Atomanlagen heißt immer auch Widerstand gegen Strukturen einer Gesellschaft, der die Folgen des Betriebs von Atomanlagen und Kohlekraftwerken egal sind. Wir wollen ein ganz anderes gesellschaftliches Klima; eine Gesellschaft, die ihre Energiepolitik vom Nutzen für alle durchdenkt, und nicht vom Profit weniger im globalen Norden.

Mit der Klimadebatte ist das Thema Energie- und Atompolitik wieder in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzung gerückt. Der globalisierte Kapitalismus mit seinem inhärenten Zwang zu ständigem Wachstum und Profitmaximierung stößt an seine Grenzen. Die Folgen der damit verbundenen grenzenlosen Vernutzung von Ressourcen, vor allem von Energieressourcen, sind unausweichlich und irreversibel. Bereits stattfindende drastische Schäden im Ökosystem lassen sich nicht länger verdrängen.

Die massiven politischen und sozialen Folgen im globalen Süden, aber auch in den Industrieländern bringen zentrale gesellschaftliche Konflikte mit sich und beeinflussen die Bedingungen für alles (menschliche) Leben. Klima und Energie als soziale Frage zu begreifen bietet die Chance, die Systemfrage in die gesellschaftliche Debatte einzubringen und mit Aktionen politisch einzugreifen. Die Kämpfe gegen die ungleiche Verteilung der Kosten und Schäden des herrschenden Energieregimes sind bereits im Gange - wir sehen uns als einen Teil davon.

Die Atomlobby nutzt die Gunst der Stunde. Um weiter so machen zu können wie bisher, versprechen sie das Blaue vom Himmel: Atomenergie rettet das Klima und garantiert billigen Strom. Die durch Klimawandel und steigende Energiepreise verunsicherte Bevölkerung wird mit einer massiven Lügenpropaganda bearbeitet, um Akzeptanz zu schaffen für Laufzeitverlängerung der AKWs und den Ausstieg aus dem „Ausstieg".

**Diese Lügen sind nicht neu – und doch wirksam.**
Dagegen stehen unsere Argumente:

- Weder ist Atomenergie CO2-frei, noch kann sie das Klima retten. Uran ist begrenzt, Atomenergie ist teuer und eine wenig energieeffiziente Methode der Stromerzeugung – unberührt bleibt das Energieproblem im Individual- und globalen Warenverkehr.
- Möglichst lang laufende AKWs sind gut – für den extra-Profit der Atomwirtschaft! Der Preis für die Kilowattstunde wird an der Strom-Börse ausgehandelt, die teuren Kraftwerke bestimmen den Preis. Niedrige Kosten der Atomstromproduktion kommen bei den VerbraucherInnen gar nicht an. Und die Folgekosten und -risiken, wie z.B. die der Atommüll-Lagerung, müssen alle tragen.
- Für eine sichere Lagerung von Atommüll gibt es keine Lösung. Die skandalösen Vorgänge im Atommüll-Lager Asse, dem Pilotprojekt für Gorleben, zeigen: Sicher ist nur das Risiko. Trotz dieses öffentlich zugegebenen Dilemmas wird jeden Tag weiter Atommüll produziert.
- Mit der „militärischen Option" der vorgeblich zivilen Atomtechnologie ist ein ungeheures Macht- und Bedrohungspotential verbunden. Dies nutzen die Mächtigen für ihre Interessen, und sie denken nicht daran, ihre Vormachtstellung im globalen Kampf um knapper werdende Ressourcen aufzugeben.

Atomenergie ist und bleibt Bestandteil kapitalistischer Verwertungs- und Machtsysteme; Umwelt und menschliches Leben, die Gefährdung durch laufende Atomanlagen und die unlösbare Lagerproblematik haben darin nur eine untergeordnete Bedeutung. Mit diesem Wahnsinn muss Schluss sein. Und zwar sofort!

Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen — weltweit! Für ein ganz anderes Klima und soziale Rechte weltweit

Kampagne Castor 08

# Infos:

**Termine:**

***8.-10.11. (voraussichtlich) Castor-Transport von La Hague nach Gorleben***

***8.11. 08 13 Uhr Gorleben***

Bundesweite Demo

*Atomkraft? Nein Danke! Castor stopp - Gorleben vermASSEln!*

***9.11. Hitzacker & in der Görde***

Große Gleisblockaden

***9.-10.11. zwischen Dannenberg und Gorleben***

Blockadeaktionen auf der Castorstrecke

**Camps:**

Metzingen (ab dem 6.11.)
Hitzacker (ab dem 6.11.)
Nahrendorf (ab dem 7.11.)
Gedelitz (ab dem 7.11.)

**Infotelefone:**

0160 - 95 48 96 10
0160 - 95 48 96 10

**Für aktuelle Infos checkt:**

castor.de
castor08.nadir.org
contratom.de

# Hauptsache gesund!

## Behinderung und Krankheit als Super-GAU des bürgerlichen Individuums

**1. Wer sind eigentlich „die Behinderten“?**

„Behinderung“ ist ein modernes Wort. Es fasst alle einzelnen Erscheinungen wie Blindheit, Gehörlosigkeit und Lähmung zusammen in einer Kategorie und vernebelt dabei deren Besonderheiten mit einem Hinweis darauf, dass da etwas an irgendetwas hindert.

Wer oder was hindert und an was, das ist mit dem Wort erstmal nicht gesagt. Die Behindertenbewegung – soviel vorweg genommen – bezieht sich trotz der Umschärfe positiv auf den Begriff, denn er kann ja auch heißen: Umwelt und Gesellschaft behindern. Ausgedacht haben sich das Wort „Behinderung“ Rehabilitationsprofessionelle, und die hatten sicher etwas anderes im Sinn: Da ist eine körperliche oder geistige Abweichung von einer Norm, die einen daran hindert, etwas auszuüben, an etwas teilzunehmen, mitzumachen.

Auch wenn es eine Menge Gemeinsamkeiten zwischen „den Behinderten“ gibt, vermessen ist diese Subsumierung unter ein Merkmal schon. Der Zusammenfassung eines Teils der Menschheit gemäß eines bestimmten Merkmals wie zum Beispiel Geschlecht, Ethnie oder Behinderung wohnt immer ein Stück Gewalt inne: Nicht die Zusammengefassten selbst sind es, die sich aus freien Stücken unter dieses Merkmal unterordnen, sondern es wird ihnen aufgeherrscht von einem gesellschaftlich durchgesetzten Verständnis, einem Interesse an der Durchsortierung von Menschen nach bestimmten Kategorien. Dabei ist die Sortierung allein nicht das Problem, - gewaltförmig wird sie erst durch die Prämisse, dass bestimmte Körpermerkmale oder Fähigkeiten etwas über einen Menschen aussagen. Der abweichende Körper wird zur Grundlage umfassender und ideologischer Bedeutungszuschreibungen gemacht, die weniger etwas mit der Realität, sondern vielmehr mit den Phantasmen und Mythen über diesen Körper zu tun haben.

Eine Definition von Behinderung und chronischer Krankheit ist allein schon deshalb schwer, weil die Bedeutung einer körperlichen Anormalität sich immer nur bestimmen lässt in Bezug auf die jeweils in einer Kultur geltenden Standards. In Gesetztexten wird Behinderung beispielsweise als „vom Lebensalter typischen Zustand abweichend“ definiert, der länger als sechs Monate andauert.(1) Wenn man einen Behindertenausweis haben will, wird man eingeteilt in verschiedene Grade bzw. Prozente – wer 100 Prozent kriegt, hat’s geschafft. Der Grad der Behinderung war bis vor wenigen Jahren noch annähernd gleichbedeutend mit der „Minderung der Erwerbsfähigkeit“ – die Frage, wer als behindert gilt, wurde also beantwortet mit der Beurteilung der Arbeitsfähigkeit.

Eine halbwegs brauchbare Definition hat der Soziologe Saad Nagi geliefert, und die hat es dann auch tatsächlich in den Kanon der WHO geschafft: Demnach ist jemand behindert, wenn er oder sie dauerhaft unfähig oder nur eingeschränkt fähig ist, gesellschaftlich von ihm oder ihr erwartete Handlungen oder soziale Rollen auszuüben (2). Nagi legt also Wert auf das Zusammenspiel von körperlichen Einschränkungen und deren sozialer Bewertung: die eine körperliche Einschränkung wie zum Beispiel eine Sehschwäche, kann durch eine Brille problemlos aufgehoben werden und schränkt die Rollenausübung nicht ein. Eine starke Allergie beispielsweise, durch die man das Haus nicht verlassen kann, würde in einigen Zu-

sammenhängen, wie in der US-amerikanischen Rechtssprechung,bereits als Behinderung gelten. Diese Definition schließt auch ein, dass z.B. eine Gesichtsentstellung, die funktional keine Einschränkung bedeuten muss, eine Behinderung sein kann: sie ist sozial so geächtet, dass den von ihr betroffenen Menschen kein "normales" Leben möglich ist.

Behinderung wird also mitbestimmt von den Erwartungen, die eine Gesellschaft an ihre Mitglieder stellt, an die Mindestausstattung, die ihre Körper besitzen müssen, um als intakt und vollwertig anerkannt zu werden.

Und das Urteil – „Mindestausstattung ungenügend" hat Folgen. Das Leben der meisten behinderten Menschen ist geprägt von einer weitgehenden Aussonderung aus dem alltäglichen Leben. An Prozessen und Institutionen teilzunehmen, die für Nichtbehinderte selbstverständlich sind, geht für Behinderte oft nur mit vorgeschalteter „Integration". Sowohl die Ausgrenzung aus dem Alltagsleben, als auch die damit einhergehenden schrägen Vorstellungen über das Leben behinderter Menschen zeugen von einer Ideologie, einem systematisch falschen Denken über Menschen mit abweichenden Körpern, ganz ähnlich dem Sexismus und Rassismus. Im Deutschen hat man sich dafür zurzeit lediglich auf das Wort „Behindertenfeindlichkeit" geeinigt, was die Sache nicht ganz trifft. Viele Einstellungen gegenüber behinderten Menschen sind nicht feindlich, sondern eher eine ambivalente Mischung aus

Abneigung und übersteigerter Freundlichkeit (deren Ursprung in den meisten Fällen wahrscheinlich eine Abwehr des Unbehagens gegenüber dem abweichenden Körper ist). Ableism nennen viele angloamerikanische Sprachraum dieses Phänomen, - das Wort leitet sich her aus dem Wort ability - Fähigkeit. Die Psychologin Simi Linton schreibt dazu: „Ableism beinhaltet die Idee, dass die Fähigkeiten einer Person oder seine Charaktereigenschaften von der Behinderung bestimmt werden oder das Menschen mit Behinderungen als Gruppe nichtbehinderten Menschen unterlegen sind" (3). Im Folgenden einige Beispiele für immer wieder kulturell auftauchende Ausgestaltungsmuster dieser Ideologie.

## 2. Monster und Helden – Behinderung in Kulturindustrie und Alltagsideologie

Behinderte Menschen sind unsichtbar – das sagen nicht nur viele behinderte Menschen selbst, sondern auch jene, die sich als deren StellvertreterInnen sehen. Das stimmt auch irgendwie – denn Behinderung als kenntlich gemachtes Thema ist immer noch selten. Trotzdem ist diese Vorstellung schief – denn Behinderung ist eigentlich überall. Rumpelstilzchen, Quasimodo, Kaptain Ahab, die Hexe mit dem Buckel, der Alte Sack von Walter Moers' Kleinen Arschloch, die ComicheldInnen von Futurama – die Welt ist voll von behinderten HeldInnen und AntiheldInnen. Der abweichende Körper ist so normal wie Geburt und Tod, wie Kindheit und Alter. Und an den körperabweichenden Charakteren lassen sich ja auch so schön Geschichten aufhängen – kaum ein Körper taugt so gut als Projektionsfläche für Ängste und Wünsche. Gerne wurden und werden sie benutzt als Symbol für etwas Drittes, wie zum Beispiel Teufelsbesessenheit. Es ist kein Zufall, dass das Wort „Monster" sich aus dem lateinischen Wort „monstrare" – zeigen, warnen herleitet: Menschen mit Behinderungen galten tatsächlich lange als Monster – der Mythos des Biests war gleichbedeutend mit der realen Anschauung des abweichenden Menschen. An der Schwelle zur beginnenden Aufklärung, als man alle schwer fassbaren Phänomene wenigstens durch Kategorisierungen unter Kontrolle zu bringen versuchte, gab es sogar eine „Wissenschaft der Monster", die Teratologie (tera = griech. für „monster"). Behinderte als personifizierte mögliche Unmöglichkeit der Natur konnten wahlweise verachtet oder aber bewundert und bestaunt werden – so zum Beispiel als Hofnarren oder später die auf Jahrmärkten ausgestellten sogenannte "Launen der Natur" oder "Freaks". In einer Mischung aus versuchter Wissenschaftlichkeit und Sensationalismus wurden diese oft als der "missing link" interpretiert, das fehlende Glied zwischen Tier und Mensch.(4)

Auf die Teratologie folgte als Wissenschaft der körperlichen Abweichung die Medizin. Der abstrahierende, kategorisierende Blick der Medizin auf den abweichenden Körper ist damit eng verwandt mit den Kuriositätenkabinetten und Freak-Shows. Für Mediziner bekommt das ehemals faszinierende Spektakel nun Aufforderungscharakter: Alles zu tun, um die Abweichung zu normalisieren und zum Verschwinden zu bringen.

Doch das Monster bleibt und es zeigt sich kulturell in den verschiedensten Tönungen. Da gibt es das Bild vom bösen Krüppel, der verbittert und rachsüchtig ist und alle Nichtbehinderten dafür bestraft, dass er nicht so ist wie sie. Wann immer in Science Fiction Filmen der Retortenmensch auftaucht, weiß man

schon – für die guten, gesunden Charaktere wird das gleich böse ins Auge gehen. Der Plot ist ein Klassiker – zu sehen sowohl bei Shakespeares Richard III als auch bei „Nightmare On Elm Street". Denn der Spruch „in einem gesunden Körper lebt eine gesunder Geist" gilt für das bürgerliche Bewusstsein vor allem umgekehrt: Ist der Körper ungesund, muss es der Geist auch sein.

Daneben gibt es den zwar nicht bösen, aber bemitleidenswerten Krüppel – zum Beispiel die „lahme Klara" in Johanna Spyris „Heidi" (oder „Tiny Tim" in „A Christmas Carol", zu sehen zum Beispiel in der „Muppets" Weihnachtsgeschichte). Solche Charaktere sind meistens asexuelle, naive, kindliche Wesen, die ihr Schicksal tapfer erdulden. Wenn es aber ganz dicke kommt, wollen diese Charaktere in der Regel „Erlösung" durch „Sterbehilfe" – die beliebte Handlung der Ethik-Dramen, in denen dann kaum mehr nach den Umständen des Leidens gefragt wird, sondern der Sterbewunsch als einzig logischer hingenommen wird (zu sehen beispielsweise in Filmen wie „Million Dollar Baby" oder in „Das Meer in mir"). Behinderung ist in beiden Fällen eine ungerechte Strafe oder ein grausames Schicksal, gegen das sich die davon Betroffenen aggressiv wehren oder das sie mit engelhafter Geduld und Opferbereitschaft hinnehmen.

Das „heitere Dulden" der Schicksal ergebenen Behinderten ist nur die Vorstufe für die heute gängige Darstellungsweise behinderter Menschen: der Held oder die Heldin. RedakteurInnen von Boulevardmagazinen reiben sich die Hände, wenn sie wieder einen Fall ausgegraben haben, in dem behinderte Menschen Höchstleistungen erbringen – ein beinamputierter Bergsteiger, eine Marathonläuferin nach überstandener Krebserkrankung – oder einfach ein Rollstuhlfahrer im Supermarkt beim Einkaufen. Ob die Leistung tatsächlich „übermenschlich" ist oder nicht – das Bild der angeblich Unglücklichen, die sich am eigenen Schopf aus dem Elend ziehen, ist ein beliebter moralischer Wink mit dem Zaunpfahl. Diese ganzen Soziale-Hängematten-Hartz-Vier-Bezieher sollen sich daran mal ein Beispiel nehmen. Doch auch an selbst Betroffene richtet sich die Botschaft, das doch ganz schön viel „geht, wenn man es nur richtig will".

Angekommen ist das bei den meisten von ihnen aber ohnehin schon. Sich die Behinderung nicht anmerken zu lassen oder zu verdecken, Nichtbehinderte zu schonen und selbst alles dafür zu tun, akzeptiert zu werden gehört zum Standardrepertoire eines modernen behinderten Bürgers. Extreme Varianten dieses Typus – die rollstuhlfahrende Mutter von drei Kindern, die nebenbei noch einen Betrieb managed und in ihrer Freizeit für die Paralympics trainiert – werden von der amerikanischen Behindertenbewegung deshalb auch „Super-Crips" – „Super-Krüppel" oder „Overcomers – Überwindende" genannt. Möglichkeiten der aggressiven Selbstnormalisierung gibt es viele – und viele behinderte Menschen sind eifrig dabei, der nichtbehinderten Welt ihre Normalität vorzuführen. Models im Rollstuhl beispielsweise (denen man ihre Behinderung nie wirklich ansieht), die in Schönheitswettbewerben wie „Beauties in Motion" um Anerkennung auf dem Fleischmarkt konkurrieren. Die Ikone der Super-Crips bleibt dabei Ex-Superman-Darsteller Christopher Reeves – heldenhaft hat er sich für eine Heilung von Querschnittlähmung engagiert, statt für bessere Lebensbedingungen behinderter Menschen.

Im Stereotyp der behinderten HeldInnen scheint das Monster also weit entfernt zu sein, doch der Eindruck täuscht. Denn dem Heldenstereotyp liegen Abscheu und Angst vorm Monster zu Grunde. Die Entwertung des Monsters verwandelt sich in die Idealisierung des Helden, die für alle Beteiligten scheinbar besser auszuhalten ist. Platz für behinderte Identitäten außerhalb der beiden Pole Monster-Held bleibt in der bürgerlichen Kultur dabei kaum.

### 3. Konkurrenz, Gleichheitsideal und noch mehr mögliche Gründe

Behinderung bedeutet Leiden – diese Gleichung ist in der bürgerlichen Welt bisher absolut unhinterfragte Prämisse aller Urteile über das Thema. Das Behinderung und chronische Krankheit tatsächlich Leid bringen können, einen beschwerlicheren Alltag bedeuten und die sozialen Beziehungen nicht unbedingt vereinfachen, ist sicher wahr. Zu allem, was darüber hinausgeht, gibt es unter Menschen mit Behinderungen hunderte verschiedener Einstellungen. Ähnlich der Parole „Black is beautiful" erfand die deutschsprachige Behindertenbewegung in den 80ern sogar den Slogan „Behindertsein ist schön". Viele der AktivistInnen, die heute noch unterwegs sind, stellen immer noch das gängige Leidensstereotyp auf den Kopf, in dem sie Behinderung als eigene Kultur und Lebensform feiern. Die meisten anderen sehen ihr Leben wohl irgendwo dazwischen. Annähernder Konsens ist jedoch: Nicht die körperliche Einschränkung an sich ist das Problem, sondern die sozialen Folgen davon. Wer blind ist, dem fehlt tatsächlich eine Erfahrungsebene, aber das, was das Leben wirklich problematisch macht, sind fehlende taktile Orientierungspunkte oder die Leute, die Blinde ungefragt über die Straße bringen (die sie gar nicht überqueren wollen) und sie danach damit vollquatschen, wie toll doch deren sechster Sinn und deren absolutes Gehör sei.

Letzteres ist etwas, was fast alle Menschen mit Behinderungen, vor allem mit sichtbaren Behinderungen, kennen: Die sich als nichtbehindert definierenden Menschen sind ihnen gegenüber unsicher. Es entsteht schnell etwas, das SoziologInnen „Interaktionsspannung" nennen: Verschämtes Wegschauen, so tun, als sei die Behinderung nicht da, oder im Gegenteil die totale Fokussierung auf die Abweichung, zum Beispiel durch Überhilfsbereitschaft, überschwängliche Freundlichkeit, Aufgeregtheit, Betonen, dass man nichts

falsch machen möchte usw. Für manche Leute scheinen behinderte Menschen darüber hinaus genau wie Kinder nicht dieselbe Privatsphäre zu beanspruchen wie nichtbehinderte: Man darf auch wildfremde Rollstuhlfahrer nach ihrer Behinderung fragen, greift dem Krückenbenutzer ungefragt nach der Tasche, um sie ihm zu tragen.

Kleinwüchsigen wird gerne mal der Kopf getätschelt, Blinde ohne Vorwarnung an die Hand genommen.

Das alles ist erstmal Ausdruck einer Verunsicherung – viele Leute haben zu wenig Kontakt mit „den Behinderten" und deshalb keine Verhaltensrezepte für den Umgang mit ihnen parat. Ein Grund ist sicher ihre weitgehende Aussonderung aus dem öffentlichen Leben. In einer Gesellschaft, deren Hauptzweck die Verwertung des Werts ist, können behinderte und chronisch kranke Menschen nur stören. Die Ideologie ist: Sie selbst können nur eingeschränkt Mehrwert schaffen, und verursachen umgekehrt der Nation Kosten. Die Nazis haben behinderte und kranke Menschen deshalb zur Geißel des deutschen Volks erklärt und ein Tötungsprogramm entworfen, das sie in großen Teilen verwirklicht haben. Der bürgerliche Staat der Nachkriegszeit hat sich (ob freiwillig oder unter dem Druck der Alliierten sei hier mal dahingestellt) dafür entschieden, weniger brutal vorzugehen, stattdessen aber die Versorgung von Behinderten und Kranken zu effektivieren. Ein geschlossenes System von Heimen, Behindertenwerkstätten, Sonderschulen und Sonderfahrdiensten war die Folge. Erst seit etwa zwei Jahrzehnten wird dieses System wieder abgebaut.

Neben der allgemeinen Verunsicherung zeigt die oft irrationale Aufgeregtheit beim Thema Behinderung aber auch, dass das Phänomen eine problematische, Angst auslösende Qualität zu besitzen scheint.

Wenn die bürgerliche Welt mit einem behinderten Menschen konfrontiert wird, sieht sie zunächst all das, was sie nicht sein will – geradezu den Gegenentwurf ihrer Idealexistenz. Behinderte Menschen scheinen vieles von dem zu negieren, was ein Bürger besitzen soll: Selbstständigkeit, Unabhängigkeit, Selbstkontrolliertheit,Vertragsfähigkeit. Je nach Behinderungsform scheinen die einen mehr, die anderen weniger dem zu entsprechen, was mensch als Grundausstattung in der bürgerlichen Welt mitbringen muss. Ein Bürger will ein autonomes Individuum sein, und als solches muss er seine Körperfunktionen selbst regulieren können, muss er für sich selbst sorgen können. Er muss sprechen und hören können, intellektuell mit den Anforderungen der bürgerlichen Welt zurecht kommen, um Verträge mit Arbeitgebern oder beim Einkaufen Verträge mit Warenbesitzern schließen zu können. Er muss als halbwegs „attraktiv" gelten und „gepflegt" sein, um in der Konkurrenz um Liebe, Ehe und Arbeitsplatz gewinnen zu können. Sabbern, undeutlich zu sprechen, nicht alleine aufs Klo können – eine Horrorvorstellung, ganz besonders für diejenigen, die sich die Maßstäbe der Konkurrenz voll zu Eigen gemacht haben.

Dabei ist die Angst, die zumindest in offensichtlich hilfsbedürftigen behinderten Menschen ihre Gestalt findet, eine zunächst außerbürgerliche: sie erinnern an die totale Abhängigkeit, in der jeder als Kleinkind seinen Eltern gegenüber gesteckt hat. Und erwachsen zu werden war eine mühevolle Arbeit, deren Resultat ständig aufrechterhalten werden muss – Neid auf all diejenigen die diese Arbeit scheinbar nicht leisten mussten, kann die Folge sein.

Außerdem erinnern behinderte und kranke Menschen an die Tatsache, dass jeden Menschen physischer Verfall und Tod ereilen werden. Es ist kein Zufall, dass in jeder Debatte über Sterbehilfe die größte Angst weder der Tod noch die Symptome einer möglicher unheilbaren Krankheit selbst sind, sondern die Vorstellung, gepflegt werden zu müssen, „an Schläuchen zu hängen" und seinen Angehörigen zur Last zu fallen.

In der bürgerlichen Gesellschaft wird die Vorstellung von Abhängigkeit und Verfall besonders brisant. Hier stehen sich die Individuen in jeder Sphäre als KonkurrentInnen gegenüber: als KonkurrentInnen um Lohnarbeit, Eigentum, Bildungschancen, Ansehen, Liebe, Sex, Freunde usw. Ein beeinträchtiger Körper ist von vornherein ein Nachteil in dieser Konkurrenz. Diskriminierende Praktiken, die man als „ableism" bezeichnen könnte, sind damit auch Ausdruck einer Angstabwehr gegenüber der Verunmöglichung des Mitmachens in der Konkurrenz.

Dabei ist es eine Illusion, dass in der sich als nichtbehindert verstehenden Welt wirklich „Gleiche mit Gleichen" konkurrieren. Die Vorstellung vom „freien und gleichen" Individuum ist zunächst einmal ein abstraktes bürgerliches Ideal. Die Subjekte stehen sich zu den gleichen Bedingungen als KonkurrentInnen gegenüber, doch die Tatsache, dass die Leute unterschiedliche Körperausstattungen, materiellen Background, Geschlechter usw. mitbringen, hat als notwendiges Resultat Ungleichheit. Nicht jede Grundschülerin macht später das Abi – und dass das nicht an ihr selbst liegen muss, sondern eher etwas mit Schulauslese und Klassenhintergründen zu tun hat, haben sogar die Macher der Pisa-Studie verstanden.

Mit dem Ideal des „freien und gleichen Individuums" ist aber gleichzeitig der Anspruch der bürgerlichen Welt an seine Subjekte verbunden, sich dem Ideal zu unterwerfen. Die Unterwerfung ist dabei eine abstrakt freiwillige: Das Mitmachen steht einem frei bei Androhung des Entzugs der Lebensgrundlagen, sollte man sich gegen das Mitmachen entscheiden. Soll heißen: Abstrakt wird niemand gezwungen, in der Konkurrenz mitzumachen, konkret aber muss eine, die Hunger hat, Geld haben, um sich was zu essen zu kaufen. Dieses Geld sollte sie sich besser durch legale Praktiken wie Lohnarbeit, Lottogewinn

oder Erbschaft verdient haben, sonst droht schlimmstenfalls der Knast.

Dennoch funktioniert die Ideologie der gleiche Chance: Es kann ja jeder alles erreichen, wenn er sich nur anstrengt, und die, die es geschafft haben, haben es sich redlich verdient – das gehört zum Standardgrundschulrepertoire und in jeden aufrüttelnden Zeitungskommentar. Und umgekehrt fühlen sich die meisten Leute als „VersagerInnen", die sich in der Konkurrenz nicht durchgesetzt haben. Gerade bei körperlich beeinträchtigen Menschen aber werden die Regeln der Konkurrenz scheinbar außer Kraft gesetzt: die „können ja nichts dafür", wenn sie es in der Konkurrenz nicht schaffen.

Daher leitet sich die Unsicherheit gegenüber behinderten Menschen auch aus diesem zutiefst bürgerlichem Bewusstsein ab: Jeder kriegt was er verdient. Doch: „verdient der arme bemitleidenswerte Behinderte denn das", so ein „schlimmes Schicksal"? „Verdiene ich es, nichtbehindert zu sein?" Keine von beiden Seiten hat etwas dafür oder dagegen getan, so ist das ist nun einmal beim „Schicksal".

Dieses Bild des behinderten oder chronisch kranken Menschen kollidiert also mit dem Wunsch nach bruchloser Einordnung in die bürgerliche Welt: Offensichtlich kriegt doch nicht jeder genau das was er verdient. Und die unverschuldet miese Konkurrenzposition des Gegenübers kann Schuldgefühle auslösen, einen Gerechtigkeitswunsch, den Schaden moralisch auszugleichen. So kann die aufgeregte, ungefragte Hilfsleistung ein Vehikel sein, um aus dem Dilemma von Angst und moralisch geforderter Hilfsbereitschaft herauszukommen.

Dass die beeinträchtigte Konkurrentin dabei vielleicht doch einen schlechten Charakter haben kann, oder es doch irgendwelche anderen (versteckten) Gründe für ihre schlechte Lage geben könnte, taucht als Spekulation natürlich auch auf – oft werden behinderte BürgerInnen alles andere als bevorzugt behandelt. Ihr teilweiser Ausschluss von der Konkurrenz kann Neid erzeugen – Frustration darüber, dass man selbst sich die ganze Zeit bewähren muss, während „die Behinderten alles nachgetragen bekommen" oder ihnen die Bewährungsproben gar nicht erst gestellt werden. Behinderte Menschen scheinen die „Dreistigkeit" zu besitzen, sich der Konkurrenz zu entziehen, - und das fällt vor allem bei jenen negativ auf, die nicht „dankbar, lieb, ein bisschen doof und leicht zu verwalten" sind (so eine Karikatur des „Musterkrüppelchens" auf einem Krüppelgruppenplakat).

### 4. Raus aus der Konkurrenz - und wieder rein. Die Antwort der Behindertenbewegung

So wie der behinderte Mensch die Antithese zum Bürger darzustellen scheint, so verkörperte das „Musterkrüppelchen" all das, was die Mitglieder der in den 80er Jahren entstehenden Behindertenbewegung nicht sein wollten – eben „dankbar, lieb, ein bisschen doof und leicht zu verwalten". Statt die Konkurrenzbedingungen zu kritisieren ist die Mehrheit der Behindertenbewegung jedoch auf sie eingestiegen – und fordert ein Ticket zum gleichberechtigten Mitmachen.

Dabei stellten viele anfangs noch die sie ausgrenzende Gesellschaft grundsätzlich in Frage. Auf der Bugwelle der ausklingenden 68er Bewegung gründeten sich in den 70er Jahren in Deutschland zunächst die „Clubs Behinderter und ihrer Freunde", aus denen dann Anfang der 80er die radikaleren „Krüppelgruppen" hervorgingen.

Zuerst ging es den meisten um den Kampf gegen ihre Aussonderung aus dem alltäglichen Leben. Sie demonstrierten gegen unzugängliche Gebäude, ketteten sich schon mal an Straßenbahnen an, in die sie nicht einsteigen konnten. Genauso wichtig war ihnen aber auch eine gesellschaftliche Bewusstseinsveränderung: Das passive Objekt von Fürsorge und Mitleid wollten sie nicht mehr sein. Lautstark haben sie das zu ihren radikalsten Zeiten gleich zu Beginn der Bewegung 1981 demonstriert. 1981 wurde das „UNO-Jahr der Behinderten" ausgerufen – was damals gleichbedeutend damit war, Wohltätigkeitsveranstaltungen für die „armen Behinderten" auszurichten und noch mehr Heime und Behindertenwerkstätten zu bauen. Schon die Eröffnung der deutschen Veranstaltungen zum UNO-Jahr in Dortmund wurde von Krüppelgruppen gestört. Sie besetzten das Podium und verhinderten die Eröffnungsrede des damaligen Bundespräsidenten Karl Carstens. Die Aktion sorgte für Unverständnis (...man wollte den armen Menschen doch nur was Gutes tun – wieso waren sie auf einmal so böse? Lag es an ihrer Behinderung?) Noch mehr Fragen warf eine zweite Aktion des damaligen Hauptaktivisten Franz Christoph auf, der sich im Juni 1981 bei der Eröffnung der REHA-Messe in Düsseldorf auf Karl Carstens stürzte, und ihm „leichte Schläge" mit seiner Krücke versetzte.

Gegen den zuweilen entmenschlichenden, entmachtenden Umgang mit ihnen setzten die Gruppen ein neues Selbstverständnis, das sich in der Selbstbezeichnung „Krüppel" (5) manifestierte. Die Aneignung des Stigmas und seine Verwandlung in eine selbstbewusste Identität, das hatten schon die Bewegung der Schwarzen in den USA („nigger"), die Schwulenbewegung (gay, schwul) und die Frauenbewegung („Weiber, Hexen") vorgemacht. Sich positiv auf etwas so „Grausames" wie eine Behinderung zu beziehen, das war und ist auch immer noch radikal. „Behindertsein ist schön" ist eine (selbst in der Bewegung umstrittene) Parole, die auch heute noch für das bürgerliche Bewusstsein ein Rätsel und zugleich ein Schlag ins Gesicht ist. Gemeint ist damit, Behinderung als eigene Kultur, Lebensform, Kunst zu sehen – ihre Folgen vielleicht damit auch herunterzuspielen, aber in jedem Fall die Körpernormenstandards der bürgerlichen

Welt abzulehnen, für die andere hart an sich arbeiten und sich disziplinieren. Die Kehrseite dieser Haltung ist – wie bei jeder Form von Identitätspolitik zu finden – der positive Bezug auf genau jene sortierenden Kategorien, die die Ausgrenzung überhaupt erst ermöglichen. Die Übernahme der Diffamierung „Krüppel" in eine positive Identität ist eine Essentialisierung, die gleichwohl ein nützlicher Schritt in der Emanzipation gewesen zu sein scheint.

Trotz ihres radikalen Kerns hatte die Behindertenbewegung von Anfang an einen affirmativen Zug, den sie mittlerweile voll auslebt. Gleich bei der frühen Aktion von Franz Christoph und seinen „Krüppelschlägen" zeigte sich der Wunsch nach Anerkennung als Rechtssubjekt. So spektakulär Franz Christophs Angriff war, auch wenn er für Schlagzeilen in der BILD sorgte, er selbst bekam „lediglich" Hausverbot. Festgenommen wurde er nicht, und genau das hat ihn am meisten aufgeregt: Wieso wandert Nazi-Jägerin Beate Klarsfeld in den Knast, wenn sie Kurt-Georg Kiesinger, Ex-Kanzler und Ex-NSDAP-Mitglied öffentlich ohrfeigt, während Franz Christoph nach seiner Attacke frei herumlaufen darf? Christoph forderte für sich das Menschenrecht auf Bestrafung und Festnahme ein. Erst das bedeutete für ihn Ernstnahme als gleichberechtigter Bürger. Stattdessen wurde in Düsseldorf beruhigend auf ihn eingeredet.

Der Ärger über Nichternstnahme von Protest ist verständlich und berechtigt. Aber er zeigt auch das Ziel der Behindertenbewegung: Konkurrenzteilnahme mit allen Licht- und Schattenseiten. Dieses Ziel hat die Bewegung konsequent und erfolgreich verfolgt. Nach und nach wurden Barrieren abgebaut, integrative Schulen entstanden, mittlerweile gibt es eine Reihe von Gesetzen, die die Gleichberechtigung behinderter BürgerInnen sicherstellen sollen. Einer der lautesten Podiumsbesetzer von 1981 hat im Jahr 2003 selbst das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderung in Deutschland organisiert. Dessen Vorzeichen waren gänzlich andere als 1981, aber die Ironie der Geschichte bleibt. Und ganz können sich die AktivistInnen von heute nicht dem HeldInnen-Stereotyp entziehen, das immer noch das Lieblingsbild der nichtbehinderten Welt zu sein schein. So hat man sie gerne: Aktiv, für ihre Rechte eintretend, sich selbst aus dem Elend befreiend. Und so werden Job-Initiativen, in denen das Arbeitsministerium betont, wie motiviert doch Behinderte im Arbeitsleben sind (weil es – hinter vorgehaltener Hand – wahrscheinlich ihre einzige Chance ist) auch von Seiten der Behindertenbewegung unterstützt. So gibt es seit Kurzem das Persönliche Budget – eine von der Behindertenbewegung geforderte und unterstützte neue Form der Geldervergabe an behinderte Menschen, in der sie als eine Art Unternehmer ihrer selbst die Ausgaben für ihre Assistenten (/Hilfskräfte) selbstständig verwalten sollen. Vom Almosenempfänger zum mündigen Bürger mit Rechten und Pflichten – genau diese Selbstbestimmung und Selbstbeherrschung hat die Behindertenbewegung gefordert, und nun genau die Freiheiten und Zwänge bekommen, die das Bürger-Sein ausmachen. Damit schafft sie tatsächlich auch ein neues kulturelles Bild vom behinderten Menschen, zumindest von dem, der eben nicht „an Schläuchen hängt". Alle anderen – die Heimbewohner, die Menschen mit Lernschwierigkeiten, bleiben Horrorfiguren für die bürgerliche Welt. Und in der oft schon fast hysterisch betriebenen Pränataldiagnostik, in Debatten um Gentests und das Klonen scheint wieder das alte Monster auf, das die Behindertenbewegung doch glaubte abgeschüttelt zu haben.

Fußnoten:

1 Deutsches Sozialgesetzbuch, IX, Teil 1, Kapitel 1, §2 (1).

2 Nagi, S.F. (1984) "The Concept and Measurement of Disability" in E.D. Berkowitz (ed), "Disability Politics and Government Programs", New York: Praeger, S.1-25.

3 Linton, Simi (1998) „Claiming Disability. Knowledge and Identity.", New York: New York University Press, S. 9

4 Die Faszination an diesen Menschen führt die feministische Theoretikerin Elizabeth Grosz vor allem auf eben deren Fähigkeit zur Grenzüberschreitung zurück:

„Der Freak ist ein Objekt von gleichzeitigem Horror und Faszination weil er, zusätzlich zu jeglicher Körperabweichung, die er zeigt, ein zweideutiges Wesen ist, dessen Existenz Kategorien und Oppositionen im bekannten sozialen Leben in Frage stellt. Freaks sind Menschen, die außerhalb und im Konflikt mit der Struktur der binären Opposition existieren, die unsere grundlegenden Konzepte und Arten der Selbstdefinition bestimmen. Sie besetzen den unmöglichen Zwischenraum zwischen Gegensätzen, die das Tier vom Menschen teilt, einen Menschen vom anderen (z.B. im Falle von Siamesischen Zwillingen), Natur von Kultur,…, ein Geschlecht vom anderen (im Falle von Hermaphroditen)…, Erwachsene von Kindern (z.B. im Falle von "Zwergen"/Kleinwüchsigen)…". (Grosz, Elizabeth (1996) Intolerable Ambiguity: Freaks as/at the Limit", in Garland Thomson, R. "Freakery" (1996), S. 57).

5 Zum Begriff „Krüppel": „Immer wieder werden wir danach gefragt, warum wir uns als Krüppel bezeichnen (...) Der Begriff Behinderung verschleiert für uns die wahren gesellschaftlichen Zustände, während der Name Krüppel die Distanz zwischen uns und den sogenannten Nichtbehinderten klarer aufzeigt. Durch die Aussonderung in Heime, Sonderschulen oder Rehabilitationszentren werden wir möglichst unmündig und isoliert gehalten. Andererseits zerstört die Überbehütung im Elternhaus jede Möglichkeit unserer Selbstentfaltung. Daraus geht hervor, daß wir nicht nur behindert (wie z.B. durch Bordsteinkanten), sondern systematisch zerstört werden. Ehrlicher erscheint uns daher der Begriff Krüppel, hinter dem die Nichtbehinderten sich mit ihrer Scheinintegration („Behinderte sind ja auch Menschen") nicht so gut verstecken können.„ (Krüppelzeitung 1/82,2).

# Die gegenwärtige Finanzkrise und die Zukunft des globalen Kapitalismus

**Untergangsprophezeiungen**

Dass sich Marx im Winter 1857/58 endlich an die Abfassung seines lange geplanten ökonomischen Werkes machte, hatte seinen unmittelbaren Grund in der im Herbst 1857 ausgebrochenen Wirtschaftskrise und der mit ihr verbundenen Erwartung einer tiefen Erschütterung, von der sich der Kapitalismus nicht mehr erholen würde. Er arbeite „wie toll die Nächte durch" schrieb Marx im Dezember 1857 in einem Brief an Engels, damit er „wenigstens die Grundrisse im klaren habe bevor dem déluge" (MEW 29, S. 225). Tatsächlich handelte es sich bei der Krise 1857/58 um die erste wirkliche Weltwirtschaftskrise des modernen Kapitalismus, in die schließlich alle damals führenden Länder (England, USA, Frankreich, Deutschland) hineingezogen wurden. In den gleichzeitig entstandenen „Grundrissen", findet sich auch die einzige eindeutig zusammenbruchstheoretische Passage im Marxschen Werk (vgl. MEW 42, S. 600 ff.). Dieser Zusammenbruch, so war Marx überzeugt, würde auch revolutionäre Bewegungen freisetzen. Im Februar 1858 äußerte er gegenüber Ferdinand Lassalle sogar die Befürchtung, dass er angesichts der zu erwartenden „stürmischen Bewegungen" mit seinem Werk „zu spät fertig werde, um noch die Welt für derartige Sachen aufmerksam zu finden" (MEW 29, S. 551). Zwar behielt Marx darin recht, dass er mit seinem Werk nicht fertig wurde (erst neun Jahre später erschien der erste Band des „Kapital") doch führte diese erste Weltwirtschaftskrise weder zum Zusammenbruch des Kapitalismus noch zu irgendwelchen revolutionären Bewegungen. Die Krise war bereits im Frühsommer 1858 überwunden und das kapitalistische System ging sogar enorm gestärkt aus ihr hervor. Marx hat daraus gelernt: im Kapitalismus wirken Krisen als brutaler Reinigungsakt. Gerade durch die von ihnen angerichteten Zerstörungen werden bisherige Blockaden der Akkumulation beseitigt und neue Möglichkeiten kapitalistischer Entwicklung freigesetzt.

Von der Vorstellung einer Zusammenbruchskrise hatte sich Marx gründlich verabschiedet. Als ihn Danielson, sein russischer Übersetzer, 1879 (wieder einmal) fragte, wann denn endlich mit der Fortsetzung des ersten „Kapital"-Bandes zu rechnen sei, antwortete ihm Marx, er müsse den Verlauf der gegenwärtigen Krise, die eine Reihe von Besonderheiten aufweise, abwarten, um die Analyse dieser Krise noch in sein Werk aufzunehmen und setzte abschließend hinzu: „Wie sich nun diese Krise auch entwickeln mag – deren detaillierte Beobachtung für den Erforscher der kapitalistischen Produktion und für den professionellen Theoretiker freilich von höchster Wichtigkeit ist –, sie wird wie ihre Vorgängerinnen vorübergehen und einen neuen >industriellen Zyklus< mit all seinen verschiedenen Phasen von Prosperität usw. einleiten" (MEW 34, S. 372).

Dass sich Marx mit guten Gründen von jeder Zusammenbruchstheorie verabschiedet hatte, verhinderte jedoch nicht, dass ihr viele Marxisten die Treue hielten. Sowohl in der „marxistischen" Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg als auch in den neuen kommunistischen Parteien in den 1920er Jahren galt es als ausgemachte Sache, dass der Kapitalismus, an den von ihm selbst hervorgebrachten, immer stärker werdenden Krisen zugrunde gehen würde. Jeder Aufschwung wurde als ein allerletztes Aufbäumen vor dem endgültigen und unausweichlichen Zusammenbruch interpretiert, was häufig zu grotesken politischen Fehleinschätzungen führte. In den frühen 1990er Jahren feierte die Zusammenbruchstheorie im neu vereinigten Deutschland wieder fröhlich Auferstehung, wenn auch mit dem Anspruch versehen, etwas ganz Neues darzustellen. Die nun folgenden Krisen, die Ostasienkrise von 1997/98, der Aktiencrash, mit dem 2000/2001 die „New Economy"-Blase platzte oder die Argentinienkrise von 2001/2002 wurden jedes Mal als sichere Anzeichen des Anfangs der endgültigen Zusammenbruchskrise gedeutet. Allerdings waren alle diese Krisen relativ schnell zu Ende. Sie hatten zwar zu enormen Verelendungsprozessen geführt (insbesondere die Ostasienkrise und die Argentinienkrise), das kapitalistische System war aber, entgegen allen Zusammenbruchsprognosen eher gestärkt aus diesen Krisen hervorgegangen. Mittlerweile gibt es wieder eine neue Krise und auch neue Prophezeiungen, dass der Untergang des Kapitalismus kurz bevor steht. Allerdings warnen inzwischen auch bürgerliche Ökonomen und selbst der Internationale Währungsfond vor der Gefahr eines internationalen Finanzcrashs mit schwerwiegenden Folgen für die Weltwirtschaft.

**Von der US-amerikanischen Immobilienkrise zur internationalen Finanzkrise**

Man sollte sich diese Krise also etwas genauer anschauen. Ihren Anfang nahm sie in einer Überspekulation mit anschließendem Platzen der spekulativen Blase. Seit der holländischen Tulpenkrise im frühen 17. Jahrhundert haben diese Spekulationskrisen immer wieder den selben Verlauf genommen: ein bestimmtes Vermögensobjekt (seien es nun Aktien, Häuser oder eben Tulpenzwiebeln) wird immer höher bewertet, was die Nachfrage nach diesem Objekt ankurbelt, denn alle wollen am scheinbar unaufhalt-

samen Wertzuwachs teilhaben. Das eigene Vermögen schließlich auch Kredite werden zum Erwerb des Spekulationsobjektes benutzt. Aufgrund der großen Nachfrage steigt dessen Preis weiter, was zu weiterer Nachfrage führt. Doch irgendwann ist dieser Anstieg erschöpft. Es wird schwieriger neue Käufer zu finden und die ersten Anleger wollen ihre Gewinne realisieren und verkaufen. Der Preis des Spekulationsobjektes fällt. Jetzt wollen alle aussteigen, um keine Verluste zu machen, was aber den Preis noch weiter drückt. Viele von denen, die spät in die Spekulation eingestiegen sind und zu einem hohen Preis gekauft haben, machen jetzt hohe Verluste. Da mit diesen Verlusten auch ein allgemeiner Nachfrageeinbruch verbunden ist, kann sich eine solche Spekulationskrise auf die gesamte Wirtschaft auswirken. Im Prinzip ist der Verlauf solcher Spekulationskrisen heutzutage auch denjenigen bekannt, die sich an der Spekulation beteiligen. Doch ist eben nicht klar, in welcher Phase der Spekulation man sich befindet: relativ am Anfang, wo noch gute Gewinnchancen existieren, oder eher am Ende kurz vor dem Platzen der Blase. Jeder hofft, dass er noch bei den Gewinnern sein kann, auch wenn er weiß, dass der Absturz kommen wird.

Nach dem Platzen der New Economy Blase im Jahre 2000 hatte die US-amerikanische Zentralbank die Leitzinsen zwischen Januar 2001 und Mitte 2003 von 6,5 auf nur noch 1 Prozent abgesenkt, um die Investitionen über billige Kredite wieder anzukurbeln. Für zwei bis drei Jahre lagen die Zentralbankzinsen sogar unterhalb der Inflationsrate. Sinkende Zinsen machten auch den Kauf von Häusern attraktiv und in den eigenen vier Wänden zu leben, ist in den USA über alle Klassen hinweg ein akzeptiertes Ziel. Zwischen 2000 und 2005 hat sich die Summe der Hypotheken fast verdreifacht. Die stark wachsende Nachfrage nach Häusern ließ die Immobilienpreise trotz zunehmender Bautätigkeit um 10-20 Prozent pro Jahr steigen, was die Banken zu einer immer riskanteren Kreditvergabe verleitete. Der Kaufpreis wurde jetzt auch zu 100 Prozent finanziert, man verlangte von den Käufern kein Eigenkapital mehr. Normalerweise finanzieren Banken nur 60-80 Prozent des Kaufpreises, damit die Bank bei einem Zwangsverkauf des Hauses (infolge einer Zahlungsunfähigkeit des Schuldners) einen Sicherheitspuffer hat und keinen Verlust macht. Auch wenn das Haus beim Zwangsverkauf nicht den ursprünglichen Kaufpreis erzielt, bleibt in der Regel noch genug für die Rückzahlung des Kredits übrig, der Verlust liegt dann allein auf der Seite des Schuldners. Bei stark steigenden Immobilienpreisen glaubten die Bankmanager, dass nichts mehr schief gehen könne, der Sicherheitspuffer würde durch die steigenden Preise automatisch nachgeliefert. Allerdings nutzten viele Hausbesitzer die steigenden Immobilienreise zu einer Erhöhung ihrer Kredite aus, um damit ihre Konsumausgaben zu finanzieren. Die Herstellung des Sicherheitspuffers wurde damit immer weiter in die Zukunft verschoben. Darüberhinaus begannen die Banken mit der Vergabe von „Ninja"-Krediten, was für „no income, no job or assets" auf Seiten der Kreditnehmer steht. Derartige Kredite bilden einen Großteil jener „subprime" Kredite, von denen gegenwärtig so viel die Rede ist. Es handelt sich um Kredite an Schuldner, die sich den Kredit eigentlich gar nicht leisten können, wo also ein hohes Ausfallrisiko besteht, das sich die Bank durch extra hohe Kreditzinsen vergüten lässt. Vor allem solche „subprime"-Kredite wurden von den Banken weiterverkauft, womit sie die Sorge über zahlungsunfähige Schuldner loswurden.

Aus Immobilienkrediten unterschiedlicher Qualität wurden auf eine relativ komplizierte Weise Pakete geschnürt, die als Sicherheit für neue Wertpapierarten dienten, die auf so schöne Namen wie „Collateralized Debt Obligations" (CDO) hören. Diese wurden dann anderen Banken und Fonds erfolgreich zum Kauf angeboten. Derartige Papiere boten einerseits eine hohe Verzinsung (da die Immobilienkäufer hohe Zinsen zu zahlen hatten) und waren andererseits scheinbar eine sehr sichere Geldanlage, da sie durch Immobilien abgesichert waren. Damit diese Geschäfte nicht in den Büchern der als Käufer auftretenden Banken auftauchten und mit Eigenkapital abgesichert werden mussten, wurden sogenannte „Structured Investment Vehicles" (SIV) gegründet, die als Tochtergesellschaften im Ausland auftraten. Sie refinanzierten die Kosten dieser Anlagen mit kurzfristig laufenden Anleihen, für die viel weniger Zinsen zu zahlen waren, als die mit Hypotheken besicherten Spekulationspapiere einbrachten. In Deutschland folgten dieser, die staatlichen Kontrollinstanzen auf legalem Wege umgehenden Methode nicht nur Privatbanken, sondern vor allem öffentliche Banken, wie etwa die Sächsische Landesbank.

Mit den 2005 und 2006 in den USA wieder steigenden Zinsen wurde zum einen der Anstieg der Immobilienpreise abgebremst, zum anderen stiegen aber auch die Zinsbelastungen der Hypotheken, da in den meisten Fällen variable Zinsen vereinbart waren. Vor allem im „subprime"-Sektor, wo die Zinsen sowieso schon hoch waren, stieg die Zahl der Kreditausfälle stark an. Damit nahm auch die Zahl der Zwangsversteigerungen zu, was noch weiter auf die Immobilienpreise drückte. Jetzt wurde deren Preisanstieg nicht nur gebremst, seit Ende 2006 kam es zu sinkenden Immobilienpreise.

Mit der zunehmenden Zahlungsunfähigkeit der Immobilienkäufer brachen jedoch die Zinseinnahmen der auf diesen Krediten beruhenden Wertpapiere weg und mit den sinkenden Immobilienpreisen war auch die Sicherheit dieser Papiere dahin, ihre Kurse stürzten ab. Dies zwang die Banken und Fonds,

die diese Papiere gekauft hatten, zu immer neuen „Wertberichtigungen" in ihren Bilanzen, die wahrscheinlich noch nicht zu Ende sind.

**Besonderheiten der gegenwärtigen Krise**

Die bislang beschriebenen Phänomene stellen in der Geschichte des Kapitalismus noch nichts Außergewöhnliches dar. Eine besondere Note erhält diese Krise allerdings durch die Rolle, die die Banken in ihr spielen. Bei Krisen des Aktienmarktes sind die Verlierer häufig die vielen Kleinanleger, die ihre Spargroschen in Aktien anlegten und nach einem Crash nur noch wertloses Papier in Händen halten oder sogar verschuldet sind, weil sie ihre Aktienkäufe per Kredit finanzierten. Bei der Immobilienkrise in den USA sind die Geschädigten in erster Linie die Banken und die spekulativ orientierten Hedge-Fonds, die den Banken die Immobilienkredite (bzw. die mit diesen Krediten besicherten Wertpapiere) abkauften. Zwar haben auch viele der zahlungsunfähig gewordenen Immobilienkäufer nach dem Zwangsverkauf ihrer Häuser ihre Ersparnisse verloren, die sie in den Hauskauf steckten. Aber zumindest hatte ihnen die lockere Kreditvergabe der Banken über Jahre hinweg ein höheres Konsumniveau ermöglicht. Nicht die Kleinsparer steckten dieses Mal ihr geringes Kapital in windige Aktien, sondern Banken finanzierten den Kauf überteuerter Immobilien und nicht selten auch noch darüber hinausgehende Konsumausgaben.

Der Umfang der Verluste, die die einzelnen Banken tragen müssen (nicht nur die US-amerikanischen, sondern auch z.B. öffentliche wie private deutsche Banken, die sich an den scheinbar sicheren Spekulationsgeschäften beteiligten), ist allerdings nicht klar. Nicht nur weil die Banken ihre Verluste ungern publik machen, häufig kennen sie diese selbst nicht einmal so genau. Beim Kauf der mit Immobilienkrediten besicherten Wertpapiere haben sie sich blind auf das Urteil der sogenannten „Rating-Agenturen" verlassen. Deren „AAA"-Bewertung für höchste Qualität wurde aber von jenen Banken bezahlt, die die Wertpapiere ausgegeben haben, was für die Objektivität des Urteils nicht unbedingt hilfreich gewesen sein dürfte. Da nun niemand genau weiß, welche Bank wie viele faule Kredite hat oder vielleicht sogar schon kurz vor der Pleite steht, ist das Misstrauen zwischen den Banken gewachsen und hatte im letzten Jahr den Interbankenhandel schon einmal fast zum Erliegen gebracht. Beim Interbankenhandel gewähren sich die Banken, ohne alle Formalitäten, gegenseitig kurzfristige Kredite und sorgen so dafür, dass die Geschäfte reibungslos laufen können. Muss man jedoch damit rechnen, dass die andere Bank am nächsten Tag bankrott ist, wird auch der typische „über Nacht"-Kredit zum Risiko. Nur weil die Zentralbanken mit einer schnellen Ausweitung der von ihnen vergebenen Kredite reagierten, konnten größere Probleme bis jetzt verhindert werden.

**Verschiebungen innerhalb des Kapitalismus**

Die enormen Verluste, von denen bislang die Rede ist – Ende April hatten die Banken ca. 270 Milliarden Dollar abgeschrieben, insgesamt könnten es aber auch 400-500 Milliarden werden – sind auch Ausdruck der Strukturveränderungen, die in den letzten 30 Jahren im globalen Kapitalismus stattgefunden haben: seit der Weltwirtschaftskrise von 1974/75 haben sich im Gefolge der daraufhin einsetzenden neoliberalen Politik die Verteilungsverhältnisse in den führenden kapitalistischen Ländern erheblich zugunsten des Kapitals und der Bezieher höherer Einkommen verschoben. Die Reallöhne sind seither nur wenig gestiegen, der Zuwachs an gesellschaftlichem Reichtum kam fast ausschließlich denen zu gute, die schon über hohe Einkommen und Vermögen verfügten. Ein großer Teil dieser Einkommenszuwächse sowie Teile der steigenden Unternehmensprofite wurden in den Finanzmärkten investiert, die seit ihrer weitgehenden Deregulierung in den 1970er und 1980er Jahren mit immer neuen Arten von spekulativen Papieren (den sogenannten „Derivaten") sehr erfolgreich um Anleger warben.

Auch die vielfachen „Rentenreformen", die alle zu Lasten der staatlichen Rentenversicherungssysteme gingen, haben dazu geführt, dass viele ArbeitnehmerInnen versuchen, ihre künftigen Rentenzahlungen über „Pensionsfonds" aufzubessern, so dass auch die Bezieher kleinerer Einkommen indirekt in den Finanzmärkten investieren. Als Folge dieser Entwicklungen ist der Umfang des Finanzvermögens in den letzten Jahrzehnten weit stärker gewachsen als das Sozialprodukt. Und für dieses enorm gewachsene Finanzvermögen wird ständig nach möglichst profitablen Anlagemöglichkeiten gesucht, was die Spekulation enorm ankurbelt.

Allerdings stellen die oben genannten Verluste nur einen kleinen Bruchteil des internationalen Finanzvermögens dar, das sich auf ca. 150.000 Milliarden Dollar beläuft. Die bisherigen, weltweit angefallenen Verluste von ca. 270 Milliarden Dollar liegen in der Größenordnung des jährlichen Haushaltsdefizits der USA, sie sind vom Weltfinanzsystem durchaus zu verkraften. Es kann aber gut sein, dass noch die eine oder andere Großbank in ähnliche Schwierigkeiten kommt wie die fünftgrößte US-amerikanische Bank Bear Stearns, deren Pleite nur abgewendet werden konnte, indem sie unter Vermittlung der US-amerikanischen Zentralbank zu einem Spottpreis von J.P. Morgan Chase, der zweitgrößten amerikanischen Bank, übernommen wurde.

**Neue Zentren der Kapitalakkumulation**

Als Konsequenz der Finanzkrise hat in den USA wohl schon eine Rezession eingesetzt (auch wenn dies offiziell noch nicht zugegeben wird). Die Banken haben die Kreditvergabe eingeschränkt und die privaten Verbraucher, die gerade ihre Häuser verloren haben, können ebenfalls nicht mehr so viel konsumieren wie früher. Bei dem starken Gewicht, den der Binnenmarkt für die US-amerikanische Ökonomie hat, dürfte ein konjunktureller Abschwung unausweichlich sein, auch wenn der schwache Dollar die amerikanischen Exporte auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger macht. Bemerkenswert ist

aber, dass dieser Abschwung bislang relativ geringe Auswirkungen auf die Weltwirtschaft hatte. Zwar werden die Wachstumsprognosen auch in Europa und insbesondere in Deutschland nach unten korrigiert, doch war nach dem „Aufschwung" der letzten Jahre sowieso mit einem konjunkturellen Abschwung zu rechnen. Zwar sind die USA noch immer die bei weitem stärkste Wirtschaftsmacht, doch sind mit den Schwellenländern Asiens und z.T. auch Lateinamerikas neue Zentren kapitalistischer Akkumulation entstanden, die nicht mehr nur einfach „Peripherie" einer von Westeuropa und Nordamerika bestimmten Weltwirtschaft sind. Sie können die Nachfrageausfälle der USA zumindest zu einem Teil ersetzen. Dass indische Unternehmen mit spektakulären Übernahmen (Jaguar wurde von Tata Motors gekauft, der größte europäische Stahlkonzern Arcelor von Mittal Steel) von sich reden machen oder dass die chinesische Zentralbank über riesige Devisenreserven verfügt, deren Gesamtwert weit über einer 1.000 Milliarden Dollar liegt, sind nur sinnfälliger Ausdruck dieser Entwicklung. Der globale Konkurrenzkapitalismus wird immer stärker multipolar, was mit einem relativen ökonomischen Bedeutungsverlust der USA einhergeht (vgl. dazu „Profit ohne Ende. Der Kapitalismus hat erst angefangen", in: Jungle World 28, 12. Juli 2007).

**Neue Formen der Regulierung – und neue Krisen**

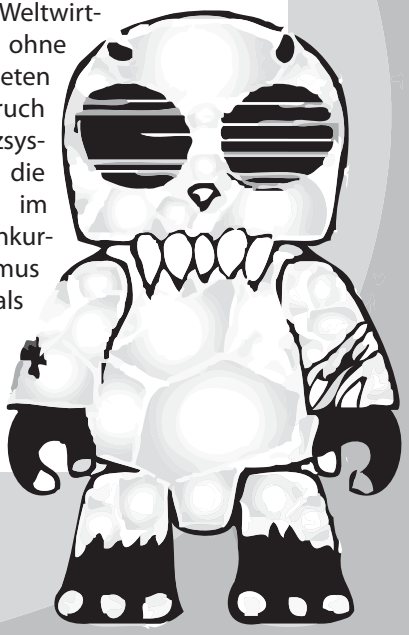
Die gegenwärtige Krise zeigt aber noch etwas anderes an. Vor gut 30 Jahren endete das Zeitalter des Keynesianismus: eine auf „deficit spending" reduzierte keynesianische Wirtschaftspolitik wurde durch neoliberale Konzepte ersetzt, die davon ausgingen, dass „die Märkte" die besten und effizientesten wirtschaftlichen Regulationsinstanzen seien. Seit den 1980er Jahren wurde weltweit dereguliert, flexibilisiert und privatisiert, was das Zeug hielt. Die Finanzmärkte kommen heute dem neoliberalen Ideal des freien und flexiblen Marktes am nächsten: staatliche Reglementierungen wurden radikal beschnitten und aufgrund der Natur des gehandelten Gegenstands sind Zeitverzögerungen und Transaktionskosten minimal, „Marktimpulse" können sich also ungehindert durchsetzen. Aber gerade diese deregulierten Finanzmärkte haben sich als extrem instabil und krisenhaft erwiesen. Selbst Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, musste kürzlich zugeben, dass er nicht mehr an die so oft beschworenen „Selbstheilungskräfte des Marktes" glaube. Und auch der Internationale Währungsfonds, der bislang jedes sogenannte Entwicklungsland, das einen Kredit benötigte, zu „mehr Markt" (auch und gerade im Bankensektor) verpflichtete, entdeckte angesichts der Finanzkrise, dass die internationale Finanzarchitektur „dramatische Mängel" aufweisen würde und mehr staatliche Kontrolle und Regulierung notwendig sei. Ob diese Regulierung demnächst tatsächlich kommt, ist allerdings ungewiss: Ackermann wollte sein Kritik am Markt nicht als Plädoyer für mehr Staat verstanden haben. Stattdessen präsentierte er einen freiwilligen Verhaltenskodex, an den sich Geldinstitute künftig halten sollen. Auch die vom IWF diskutierten Vorschläge blieben außerordentlich vage. Es ist gut möglich, dass es erst noch einer weiteren Krise bedarf, bevor eine neue Welle der Regulierung beginnt. Die Periode naiver Markteuphorie scheint jedoch fürs erste vorbei zu sein.

Aber auch wenn eine solche neue Regulierung der Finanzmärkte kommt, wird sie den Kapitalismus nicht krisenfrei machen. Bei der Analyse des Kapitalismus ist zwischen institutionellen Arrangements, die Krisen begünstigen, und den grundsätzlichen Krisentendenzen des Kapitalismus, die in den widersprüchlichen Bestimmungen kapitalistischer Produktion auf der einen Seite und kapitalistischer Zirkulation auf der anderen Seite gründen, zu unterscheiden. Institutionelle Arrangements können geändert werden und es sind in der Regel Krisen, die solche Änderungen herbeiführen. Dass der Zweck kapitalistischer Produktion Profitmaximierung ist und dass diese zu Teilen stets durch spekulative Prozesse vermittelt ist, lässt sich jedoch nicht ändern, jedenfalls nicht ohne den Kapitalismus abzuschaffen.

Auch deuten sich bereits neue Krisenprozesse an. Der enorm gestiegene Verbrauch führte in den letzten Jahren zu steigenden Rohstoffpreisen und aktuell auch zu steigenden Nahrungsmittelpreisen. Bei schnell steigenden Preisen und der Erwartung weiter steigender Preise werden auch spekulative Investitionen zunehmen, bei dem der Gegenstand nur erworben wird, um ihn bald darauf zu einem höheren Preis zu verkaufen. Schon jetzt wird vermutet, dass ein Teil des Preisanstiegs für Erdöl und Weizen auf spekulative Terminkontrakte zurückgeht, so dass hier eventuell die nächsten spekulativen Blasen entstehen.

Bereits jetzt schon haben die steigenden Lebensmittelpreise erhebliche ökonomische Auswirkungen: in Indien und vor allem in China heizen sie die dort sowieso schon hohe Inflationsrate an. Es ist nicht auszuschließen, dass die chinesische Zentralbank irgendwann mit einer starken Zinserhöhung bzw. einer Verknappung der Geldmenge versuchen wird, gegenzusteuern und damit das bislang noch außerordentlich hohe Wachstumstempo mit jährlichen Raten von 8-9 Prozent abwürgt. Dann würde sich die Kehrseite der neuen multipolaren Struktur des globalen Kapitalismus zeigen: eine Wirtschaftskrise in China wäre nicht nur ein chinesisches Problem, sie wäre ein Problem der gesamten kapitalistischen Weltwirtschaft. Auch ohne den befürchteten Zusammenbruch des Finanzsystems sind die Aussichten im globalen Konkurrenzkapitalismus alles andere als rosig.

*Michael Heinrich (Mai 2008)*



# Der Stefan-Aust-Komplex

Am 25. September 2008, dem Tag des Kinostarts der Verfilmung vom Baader-Meinhof-Komplex, haben wir die Villa von Stefan Aust in Hamburg-Blankenese, Broerstreppe 1, mit Farbflaschen und Steinen beworfen und vor der Tür ein Rauchfeuer entzündet.

Stefan Aust, Autor des jüngst in dritter Auflage erschienenen Bestsellers mit ca. 500000 Exemplaren, hat am Drehbuch des von Bernd Eichinger unter der Regie von Uli Edel produzierten deutschen Kinoereignisses des Herbstes 2008 mitgearbeitet. Stefan Aust ist von der Umsetzung seines Stoffes begeistert und hält den Baader-Meinhof-Komplex für einen ausgezeichneten Film, »so authentisch, wie das bei einem Spielfilm möglich ist«. In der Titelgeschichte des Spiegel vom 8.9.08 ließ sich der Journalist Dirk Kurbjuweit in einer überschwänglichen Kritik zu der Aussage verleiten, daß der Film die Debatte über den deutschen Terrorismus verändern würde. Eichinger sei ein realistischer Film, ein Geschichtswerk gelungen, welches endlich einmal schonungslos »das schiere Töten, die Barbarei, den von den Inhalten entkoppelten Blutrausch der RAF« auf die Leinwand bringe.

**»Höllentrip«**

Mitnichten wird dieser Film eine Veränderung im Diskurs über die Politik, den Kampf der RAF bewirken. Der Film ist eine Fortschreibung der Verdrehungen und Lügen des Stefan Aust, er visualisiert die von ihm entworfenen psychopathologischen Muster der Genossen der RAF wirkungsmächtig - er denunziert bewaffneten, militanten Widerstand gegen Imperialismus und Staatsterrorismus als wahnsinnig. Diese Behauptung, daß mensch verrückt sein müsse, um bewaffnet zu kämpfen, zieht sich wie ein roter Faden durch die Arbeiten des Stefan Aust. Schon als junger Typ Anfang der 70er hatte er nach eigenen Angaben die Einsicht, daß der bewaffnete Kampf in Europa scheitern muß, daß es ein »Höllentrip« sei. Er habe sich nie als Teil der Bewegung dieser Jahre gesehen, sagt er in einem Interview. Seine Bekanntschaft mit Ulrike Meinhof in der Redaktion von konkret, seine Begegnung mit einigen anderen Akteuren der antiautoritären Revolte habe ihn sozusagen an die Materie herangeführt. Emsig arbeitete er sich in das Thema ein, mit dem eher distanzierten Blick eines Journalisten von außen auf den »Krieg der Bürgerkinder gegen den Staat« (O-Ton Aust). 1986 veröffentlicht er den Bader-Meinhof-Komplex, ein Schlachtenpanorama des bewaffneten Kampfes. Andreas Baader, ein als Kind von drei Frauen verhätschelter Junge, baut als schmieriger eitler Desperado zusammen mit seiner Braut, der unerbittlichen, rigiden Pfarrerstochter Gudrun Ensslin und der sadomasochistisch veranlagten Ulrike Meinhof eine Untergrundarmee auf. Mittels einer Kampagne zu Heimkindern scharen sie ein paar »Rekruten für ihre Untergrundarmee« um sich. In einem »Alptraum von Gewalt« aus der als »Selbstzweck gewählten Illegalität« führen sie einen »Privatkrieg« und nehmen »das Land in Geiselhaft«. Ihr »revolutionärer Größenwahn« offenbart sich u. a. darin, daß sie sich anmaßen, gar drei (!) Banken koordiniert an einem Tag zu überfallen. »US-Amerikaner, zumal Soldaten werden zu Freiwild ernannt.« Im Stammheimer Knast, der »Hauptstadt der RAF«, zementiert sich das »Wahnsystem« der Bande. Die Chefs essen Hühnchen, Mitläufern und Befehlsempfängern wird der Suizid durch Hungerstreik befohlen. Ulrike Meinhof, mehr oder minder einzige Sympathieträgerin der Gruppe, wird in den Selbstmord getrieben, »vielleicht war die Selbstzerstörung der einzige Weg, um aus der RAF auszusteigen«. Da ist es nicht verwunderlich, daß nach einem »metaphysischen Endkampf«, während dem z.B. in einer »Wannsee-Konferenz« (Boock) die Liquidierung des Begleitpersonal von Schleyer beschlossen wird und nach der Erstürmung der Landshut die Stammheimer sich selbst töten.

Mit der These des konzeptionellen Suizids rückt Aust explizit die Gefangenen aus der RAF in die Nähe von Selbstmordattentätern. Unlängst attestierte Aust den GenossInnen der Guerilla faschistisch anmutende Menschenverachtung dem Gegner und sich selbst gegenüber.

**Notorische Lügner...**

Diese zugegeben verkürzte Zusammenfassung der Sichtweise und Gedankenwelt Austs soll anreißen, welche Topoi er entwickelt, welche Art von Geschichtsschreibung dieser Typ betrieben hat und betreibt. Austs Buch gilt als Standardwerk, seine Fernsehproduktionen (u.a. 2007 »Die RAF«), seine Mitarbeit an Filmproduktionen, 1986 »Stammheim«, seine journalistische Tätigkeit bei Panorama, bei Spiegel TV und als Chefredakteur des Spiegel haben ein verzerrtes, aber wirkungsmächtiges Bild vom bewaffneten Kampf der RAF und anderer militanter Gruppen geprägt. Aktuell wird der Markt nun überschwemmt mit dem neuen Kinofilm, dem Hörbuch zum Film, dem Buch zum Film, der Fernsehproduktion zum Film ..., auch finanziell dürfte da einiges dran verdient werden.

Als Zeitzeugen ruft Aust die große Garde der Märchenerzähler und notorische Lügner aus der 68er Revolte und den Guerillagruppen auf: Röhl, Langhans, Cohn Bendit, Fichter, Mahler, Bommi Baumann, Till Meyer, Klein, Boock. Letzter durfte gar, gut bezahlt, die von Aust gebotene Bühne nutzen um eine weiteres Mal Genossen zu denunzieren und neue Mutmaßungen zu präsentieren, wer denn nun Buback erschossen hat. Dies führte u. a. zu neuen Ermittlungen und Erpressungsversuchen der Staatsanwaltschaft gegen GenossInnen, die früher in der RAF organisiert waren.

**Der Untergang, Teil 2**

Angesprochen auf die Frage, ob der Staat in der Konfrontation mit der Guerilla überreagiert habe, antwortet Aust in einem kürzlich erschienenen Interview, daß der Staat rückblickend betrachtet eher maßvoll, rücksichtsvoll und rechtstaatlich mit den Angriffen umgegangen sei. Diese Antwort scheint fast zynisch, wenn mensch bedenkt, daß Aust sich Jahrzehnte mit den Geheimdiensten der BRD beschäftigt hat. So publizierte er z.B. zum Celler Loch und dem Schmücker-Mord, zum Kontaktsperregesetz und der Abhörpraxis in den Knästen, er prangerte die Zustände in den Knästen an und die Folter der Zwangsernährung, und nicht zuletzt die Killfahndung. Da schließt sich der Kreis des staatstragenden, staatsbejahenden Stefan Aust mit der Schauspielerin Martina Gedeck, die in dem Kinofilm Ulrike Meinhof spielt und als Folge ihrer Auseinandersetzung mit ihrer Filmrolle zu einer größeren Nähe zu diesem Staat und seiner vermeintlichen Rechtstaatlichkeit gefunden hat.

Nachdem es Eichinger in seinem Film »Der Untergang« gelungen ist, die menschliche Größe des deutschen Volkes und sein Leid im Abwehrkampf gegen die Rote Armee auf die Kinoleinwände zu bringen (und zwar, wie er betont, als deutsches Projekt mit deutschen Schauspielern, deutscher Sprache und deutschem Regisseur), so darf er nun den Abwehrkampf des deutschen Staates gegen die Rote Armee Fraktion darstellen.

Die Geschichte der bewaffneten Praxis und Politik der RAF, der Bewegung 2. Juni und der Revolutionären Zellen/Rote Zora sehen wir aus einem kritischen solidarischen Blickwinkel. Trotz aller Kritik an strategischen Irrtümern, an einzelnen krontraproduktiven Aktionen mit verheerenden Folgen sowohl für unschuldige Betroffene als auch für eine revolutionäre Perspektive, schätzen wir die Initiative, den bewaffneten Kampf in der BRD zu organisieren. Die Geschichte der bewaffneten Gruppen ist wichtiger Bestandteil linksradikaler Geschichte - es ist nowendig, ihre Erfahrungen, Niederlagen und Erfolge zu reflektieren, auch für eine revolutionäre Zukunft. Es wäre falsch, dieses Feld der Geschichte an die Austs, Kraushaars, Reemtsmas abzutreten.

»Die Revolution sagt: Ich war, ich bin, ich werde sein.«
(R. Luxemburg)

Wir widmen unsere Aktion allen Genossen, deren Würde und Integrität mit diesem Film durch den Schmutz gezogen wird.

**Freiheit für Christian Klar und Birgit Hogefeld!**

# Internationale Antifakonferenz & Festival

## 14.-15. November '08 in Berlin

**Anlässlich der Morde an AntifaschistInnen, die gerade seit letztem Jahr international massiv zu genommen haben, findet Mitte November in Berlin eine Konferenz mit Antifas aus Russland, Polen, Spanien, Tschechien und Italien statt. Sie werden über die Auseinandersetzungen mit den rechten Bewegungen in ihren Ländern berichten und die jeweiligen gesellschaftlichen Hintergründe benennen, auf denen die Politik der faschistischen Strömungen fußt. Außerdem werden die Referent_innen über die Gegenstrategien und Aktionskonzepte berichten.**

**Die Konferenz wird ergänzt mit einem Festival und einer antifaschistischen Demonstration gegen regionale Nazistrukturen in Berlin-Pankow.**

**mehr unter: siempreantifascista.tk**

# Atenco (Mexico)

Im Jahr 2001 wehrten sich die EinwohnerInnen der Stadt San Salvador Atenco mit massiven Protesten erfolgreich dagegen, für den Bau eines Großflughafens vertrieben zu werden. Im Mai 2006 rächt sich der Staat: 3000 Einsatzkräfte überfallen die Stadt. Das Ergebnis sind massive Verhaftungen, systematische Vergewaltigungen, ein Toter und viele Schwerverletzte. Norma Jimenez, Ex-Gefangene aus Atenco und eine Aktivistin aus der Unterstützungsgruppe berichten über den Kampf gegen die Straflosigkeit der Täter und über die politische Organisation der Bevölkerung von Atenco. Im Vorfeld zeigen wir eine Dokumentation über die Ereignisse im Mai 2006.

**Film: "Romper el cerco" (OmU)**
**Mo, 10.Nov, 20.00 "3.Welt"-Infozentrum, Auguststr. 50**

**Veranstaltung mit Aktivistinnen aus Atenco**
**Mi, 12.Nov, 20.00 Alhambra**

# Israel/Palästina

"Anarchists Against the Wall" (AATW) ist eine Gruppe israelischer AktivistInnen. Gemeinsam mit palästinensischen Gemeinden kämpfen sie mit gewaltfreien Direkten Aktionen gegen die Sperrmauer, die der israelische Staat in der besetzten West Bank baut. Die Anwesenheit von Israelis bei Demonstrationen dämmt die Gewalt der Armee zwar etwas ein, dennoch sehen sich die AktivistInnen einer enormen Repression ausgesetzt. Wir freuen uns, einen Aktiven von AATW bei uns begrüßen zu können und so aus erster Hand Informationen über die Situation in Israel und den besetzten Gebieten zu erfahren.

**Veranstaltung mit "Anarchists Against the Wall"**
**Mi, 19.Nov, 20.00 Alhambra**

# „Ich hätte nicht geglaubt, wozu die Deutschen fähig sind."

## Veranstaltungsreihe in Gedenken der Novemberpogrome von 1938

**Stadtspaziergang: Das November-Pogrom von 1938 in Bremen**
Mit Joachim Bellgart am Sa, den 8.11.08 um 14Uhr ab Obernstr./ Ecke Sögestr., Bremen

**Die Pogromnacht 1938 in Bremen & Die Feuerprobe**
Ausstellung & Film am Mi, den 12.11.08 ab 19 Uhr Ausstellung & um 20 Uhr Filmvorführung im Zucker / Nook , Friedrich-Rauers-Str.10, Bremen

**Antisemitismus und Geschlecht**
Vortrag mit A.G. Gender Killer am Fr,14.11.08 um 20 Uhr im Infoladen, St. Pauli Str.10-12, Bremen

**2 oder 3 Dinge, die ich von ihm weiß**
Filmvorführung und Gespräch mit dem Regisseur Malte Ludin
Am Mi, den 19.11.08 um 19 Uhr im Cinema Ostertor, Ostertorsteinweg 105, Bremen

**Im Zeichen des Opfers. Zum Stand der deutschen Vergangenheitsbewältigung**
Vortrag von Tobias Ebbrecht mit Filmbeispielen am Fr, den 28.11.08 um 19.30 Uhr in der Villa Ichon, Goetheplatz 4, Bremen

Eine Veranstaltungsreihe von ***Associazione delle talpe***
Check out: www.associazione.wordpress.com

# Möglichkeiten antipsychiatrischer Praxis

*Vortrag + Diskussion, 18. November, 19h, Alhambra*

Obwohl Viele selbst oder durch Freunde/Bekannte schon im Kontakt zur Institution Psychiatrie stehen und die Zahl der Betroffenen auch in der Linken eher wächst, steht das Thema weit außerhalb alltäglicher linker Szenediskurse. Zudem ist der Umgang dominiert von Unsicherheiten und Vorurteilen gegenüber sogenannten „psychisch kranken" Menschen. Das Thema selbst darüber hinaus in den Bereich des Persönlichen gedrängt und heute selten im Zusammenhang mit Gesellschafts- und Kapitalismuskritik gesehen.

Die ursprünglich aus der Linken und radikalen Linken formulierte Kritik an der am Rand der Gesellschaft operierenden Institution Psychiatrie ist mit dem Beginn der Psychiatriereform in den 70er Jahren marginal geworden. Eine Zusammenarbeit mit der radikalen Linken ist in der neuen antipsychiatrischen Bewegung in Deutschland noch nicht bewusst angesteuert worden. Die zentrale Forderung der Antipsychiatrie, die Selbstbestimmung der Betroffenen findet in der neuen antipsychiatrischen Bewegung, die aus Psychiatriebetroffenen und nicht mehr aus Professoren_innen oder Psychiater_innen besteht ihre Konsequenz. Wie bei einigen anderen der aus der außerparlamentarischen Opposition hervorgegangenen, partikular arbeitenden Gruppen wurde auch in der antipsychiatrischen Bewegung vergessen, sich in Bezug zur Kapitalismusanalyse zu setzen. Behandlungen, die manche Betroffene durchaus auch als hilfreich empfinden, genauso wie Umstrukturierung der Psychiatrie zur gemeindenahen Institution können nicht über die Notwendigkeit einer Kritik am psychiatrischen hinwegtäuschen, in dem alltäglich Entmündigungen, Zwangsbehandlungen und Stigmatisierungen stattfinden und das Netz von sozialer Kontrolle immer engmaschiger gestrickt ist.

Im Vortrag wird der Fokus auf die Umsetzung der antipsychiatrischen Theorien, u. a. von Cooper, Laing, Szasz und Basaglia liegen. Es soll die Frage beantwortet werden, wie eine Begleitung von Krisen aus antipsychiatrischer Sicht aussehen kann. Aktuelle Antipsychiatrische Institutionen und Bewegungen werden vorgestellt.

Der Referent David Wichera arbeitet seit 3 Jahren im Weglaufhaus „Villa Stöckle", der einzigen antipsychiatrischen Einrichtung in Deutschland. Er ist dort im selbstverwalteten Team als studentisch Beschäftigter tätig mit besonderem Schwerpunkt auf Öffentlichkeitsarbeit.

# Gegen Lernfabriken und Leistungsterror –
## heraus zum bundesweiten Schulstreik am 12.November'08
## Bahnhofsvorplatz Oldenburg

***Aufbauend auf die Proteste von zenhtausenden Schüler_innen im Frühsommer 2008 wird der anstehende Schulstreik erneut in über 15 bundesdeutschen Städten organisiert um gegen Bildungsabbau und das drei-gliedrige Schulsystem zu demonstrieren und Lehrmittelfreiheit, Mitbestimmung und eine Schule für alle einzufordern.***

Das Oldenburger Schüler_innenforum lädt ein, bei der Planung des Oldenburger Schulstreiks mitzumachen. Treffen ist jeden Dienstag um 20:00 Uhr im Dritte Welt Laden in der Auguststr.50.

Darüberhinaus heißt es in einem zusätzlichen Aufruf:

Klar gibt es legitime Forderungen nach Verbesserungen im Schulsystem wie kleinere Klassen, mehr Lehrer_innen und die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. Doch das Problem damit ist, dass sie entweder unter kapitalistischen Bedingungen absolut unrealistisch sind oder nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir finden es zwar richtig, dass die Schülerschaft nach jahrzehntelangem Schweigen wieder beginnt Forderungen zu stellen und sich nicht mehr mit jeder Scheiße abfindet. Deshalb unterstützen wir als Revolutionäre, Linksradikale, Kommunist_innen, Anarchist_innen, Chaot_innen und Steineschmeißer_innen die Vorbereitungen für einen bundesweiten Schulstreik. Wir sind jedoch der Meinung, dass sehr viel radikalere Losungen her müssen als "Bildung für alle", "Weg mit dem dreigliedrigen Schulsystem" und "kleinere Klassen". Wenn du das ähnlich siehst, beteilige dich an den antikapitalistischen Blöcken auf den Schulstreikdemonstrationen am 12. November [...]. Denn wir wollen keinen Kuchen oder zwei - wir wollen die ganze Bäckerei!

Für eine revolutionäre Jugendbewegung!

## Also Goes Wissenschaft – Second Strike

## „Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung im Aufschwung"

### 2. Wissenschaftlich-politisches Symposium an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg – 28. und 29. November 2008 –

**Freitag, 28. November 2008, Gemeindehaus Bloherfelde**

| | |
|---|---|
| **18:00 Uhr:** | **Prof. Dr. Christoph Butterwegge („Kinder, Armut und Bildung")** |

**Samstag, 29. November, Bibliothekssaal der Carl von Ossietzky Universität**

| | |
|---|---|
| **10:00 – 10:30 Uhr:** | **Begrüßung und Organisatorisches** |
| **10:30 – 11:45 Uhr:** | **Dr. Albert Hofmann (EVS, Statistikmodell, Existenzminimum)** |
| **11:45 – 12:00 Uhr:** | **Kaffeepause** |
| **12:00 – 13:15 Uhr:** | **Pof. Dr. Helga Spindler (HartzIV, Entrechtung der Armutsbevölkerung)** |
| **13:15 – 14:15 Uhr:** | **Mittagspause** |
| **14:15 – 15:15 Uhr:** | **Moritz Rinn (Tendenzen der Sozial- und Kriminalpolitik)** |
| **15:15 – 15:30 Uhr:** | **Kaffeepause** |
| **15:30 – 16:30 Uhr:** | **Leiv E. Voigtländer / Thomas Goes (Teilhabe und Ausgrenzung)** |
| **16:30 – 16:45 Uhr:** | **Kaffeepause** |
| **16:45 – 18:00 Uhr:** | **Prof. Dr. Martin Kronauer (Exklusionstheorie)** |
| **18:00 – 18:15 Uhr:** | **Kaffeepause** |
| **18:15 – 19:15 Uhr:** | **Dr. Helmuth Hildebrand (What's left? Theory of Commons)** |

**Arbeitslosenzentrum, Donnerschweer Str. 55:**

| | |
|---|---|
| **ab 20:00 Uhr:** | **Imbiss und Ausklang** |

# Sag zum Abschied leise „Servus“

Nun ist es also soweit; das ALHAMBRA-ARCHIV gibt den Geist auf.

Viele viele Jahre haben wir Zeitungen und Zeitschriften gesammelt und archiviert, Berge von Flugblättern angehäuft und Zeitungsartikel ausgeschnitten, Plakate gesichtet, Veranstaltungen organisiert und versucht, Teil eines kollektiven Gedächtnisses der Radikalen Linken zu sein. Etliche Menschen haben während dieser Zeit das Archiv durch ihre Mitarbeit und durch Spenden unterstützt – dafür nochmals meinen herzlichsten Dank. Ein besonderer Dank geht an die erste Generation von ArchivarInnen, die mit viel Elan und jeder Menge Energie sowohl die Sammlung als auch die Räumlichkeiten aufgebaut haben.

Ich habe mich lange dagegen gewehrt und die Entscheidung immer wieder vor mir her geschoben, aber nun ist es soweit:

**das ALHAMBRA-ARCHIV in seiner jetzigen Form ist geschlossen!**

Menschen, die in letzter Zeit das Archiv besucht haben, werden gesehen haben warum, allen anderen seien ein paar Worte als Erklärung angefügt – ein Archiv dieser Größe und dieser umfassenden Ausrichtung ist nicht von ein, zwei Leuten quasi als Nebenjob zu bewältigen. Schon die regelmäßigen Publikationen verschlingen einen Großteil der Zeit, vom Sichten von Broschüren, Flugblättern und Zeitungsartikeln ganz zu schweigen. So war es schon seit langem nicht mehr möglich diese „Eintagsfliegen“ nicht nur einem thematischen Bereich, sondern auch den speziellen Ordnern zuzuweisen. Es blieb dann nur das sog. „Haufenprinzip“, welches allerdings die Arbeit zu einem bestimmten Thema verunmöglicht.

Das war und ist nicht der Sinn eines Archivs; es ging nie ums sammeln um des Sammelns wegen.

Allerdings muss auch gesagt werden, dass in den letzten Jahren mehr Zeit während der regulären Öffnungszeiten zum Sortieren übrig blieb, da immer weniger Menschen im Archiv vorbeischauten.

Wozu auch, wenn doch das Heilsversprechen gilt, alles Wissenswerte dieser Welt, stets sofort und von überall aus im Internet zu finden...

Wollten sich dann Menschen trotzdem des Archivs bedienen, hieß es oft: “Dazu habt ihr doch sicher was im Archiv; kannst du mal nachsehen?”

Die einzig erfreuliche Entwicklung an diesem BenutzerInnenschwund war die Tatsache, dass weniger Menschen vergessen konnten, ausgeliehene Sachen wieder zurück zu bringen.

Ein Archiv, welches nicht genutzt wird, ist nutzlos.

**Und was passiert jetzt?**

Tja, so genau weiß ich das auch noch nicht; ich habe zwar schon eine Idee und manche von euch werden sich vielleicht denken können, in welche Richtung das geht, aber erstmal seid ihr dran. Ich werde vorerst (ich denke so bis Ende 2008) weiterhin Montags von 18 bis 20 Uhr in den Archivräumen sein. Wenn ihr also Ideen, Fragen, Kritik oder Schokolade habt, seid ihr herzlich eingeladen, vorbeizukommen. Für die, die sich nicht trauen oder auch einfach keine Zeit haben, habe ich eine E-Mail-Adresse eingerichtet (wird nur schwierig mit der Schokolade!).

Die Adresse lautet: servus-archiv@web.de

Und keine Angst: es gibt keine dummen Fragen – nur dumme Antworten.

Natürlich werde ich euch auf dem Laufenden halten, was weiterhin passiert.

Gespannt auf Reaktionen – die Faust zum Gruß und Servus

Der Archivar

**November 08**

Sa. 1.11. 22:00 Lesbischwule Mottoparty
Di. 4.11. 20:00 Subklub Lounge: Tone myspace + Electronica D`s + Vj`s
Mi. 5.11. 22:00 Ska-Konzert: Los Tres Puntos + Big Banders
Fr. 7.11. 22:00 Mash up di place -
Feel di vibes of reggae, dancehall and socamusic
Sa. 8.11. 22:00 Schwul-Lesbische Techno-House Party
Di. 11.11. 21:00 Subklub Gourmet
Mi. 12.11. 20:00 Veranstaltung mit 2 Aktivistinnen aus Atencol/Mexico
Fr. 14.11. 22:00 Elektro + Drum`n Bass -Party: Elektrosugar
DJanes: Nook/Zucker + Miss Johnny + Suse + H20
Sa. 15.11. 22:00 Männerfabrik
Di. 18.11. 19:00 Veranstaltung: Antipsychatrische Praxis
21:00 Subklub Haare ab!
Mi. 19.11. 20:00 Veranstaltung mit einem Aktivisten von
"Anarchists against the Wall" Israel/Palästina
Fr. 21:11. 23:00 Teonanacatl (Psy Trance)
Sa. 22.11. 22:00 NaUnd Soli-Party
Di. 25.11. 21:00 Subklub Konzert: Geigerzähler (Berlin)
Do. 27.11. 22:00 Fachschaftsparty Sonderpädagogik
Fr. 28.11. 22:00 Zündstoff Sounds meets danger! danger! - mit Modenschau
Sa. 29.11. 22:00 Rosa Disco
So. 20.11. 18:00 Zwergwerk

**Dezember 08**

Di. 2.12. 21:00 Subklub Vortrag: Bis heute ein Tabu?
Sexuelle Gewalt durch Angehörige der Wehrmacht und SS
in der Sowjetunion, 1941 bis 1945
Do. 4.12. 22:00 Crush Hour Concerts: A.J. Shanti
Fr. 5.12. 22:00 Mash up di place
- Feel di vibes of reggae, dancehall and socamusic
Sa. 6.12. 22:00 Homophilias - Party für Lesben und Schwule
Di. 9.12. 21:00 Subklub: man with a movie camera (Film UdSSR 1929)
+ Livevertonung: Le chat électrique
Fr. 12.12. 23:00 Punkrock: Popperklopper + Cut My Skin
Sa. 13.12. 22:00 Trafemmes Frauenparty
Di. 16.12. 21:00 Subklub C-Movie
Fr. 19.12. 23:00 Terz AG Elektroparty
Sa. 20.12. 22:00 Männerfabrik
Di. 23.12. 21:00 Crush Hour Weihnachts-Konzert:
Matini Schmerzverstärker, Minamata Disease,
In Irratus, the 244gl
Mi. 24.12. 22:00 Ein Psychedelisch Tanzvergnügen (Goa-Party)
Do. 25.12. 23:00 Teonanacatl (Psy Trance)
Sa. 27.12. 22:00 Rosa Disco
So. 28.12. 19:30 Arschtritt-Rockfestival
Mo. 29.12. 19:30 Arschtritt-Rockfestival
Mi. 31.12. 22:00 Sylvesterparty Na Und e.V.

**Januar 09**

Fr. 2.1. 22:00 Mash up di place -
Feel di vibes of reggae, dancehall and socamusic
Sa. 3.1. 22:00 Lesbischwule Mottoparty
Fr. 9.1. 20:00 Punkinvasion V
Sa. 17.1. 22:00 Männerfabrik
Fr. 23.1. 22:00 Crush Hour Concerts: Guts Pie Earshot
Fr. 30.1. 20.00 Konzert: Clincher + Jam-Club + Monopilot
Sa. 31.1. 22:00 Rosa Disco

**Monatlich**

1. Mi. 20:00 FrauenLesbenKneipe --- 2. Mo. 20:00 Politische Werkstatt ---
2. Fr. 20:30 NutzerInnenplenum

**Wöchentlich**

Mo. 19:00 Archiv --- Mo. 19:00 Antiraplenum OI/BI (nur in geraden Wochen) ---
Mo. 19:30 Crush Hour Concerts --- Mo. 20:30 Antifa-Café ---
Di. 20:00 Subklub --- Do.20:00 Vokü, danach Kneipe --- Do. 21:00 Rechtshilfe